

mußte in den einzelnen Ländern stattfinden. Wäre die zweite Internationale erst wiederum in Aktion getreten, nachdem Renard in Frankreich besiegt, die Unabhängigen in Deutschland die Hälfte des Proletariats erobert, vielleicht wäre dann der Neuaufbau im alten Rahmen möglich. Nun bleibt nichts anderes übrig, als die schwere Arbeit von neuem zu beginnen. Die zweite Internationale ist tot, die dritte Internationale auf die Dauer lebensunfähig. Die Parteien, wie die österreichische Sozialdemokratie, die weder der zweiten noch der dritten Internationale angehören, werden nicht eine vierte Internationale — oder wie man höhnt — eine Internationale Nr. 2½ — gründen, denn auch ein solches Gebilde wäre ebenso wie die zweite Internationale und die dritte Internationale in Wahrheit keine Internationale. Aber diese Parteien, die weder an Brüssel noch an Moskau angeschlossen sind, sollten sich möglichst bald zu einer Konferenz zusammenschließen, um im Einvernehmen miteinander an der schweren Aufgabe zu arbeiten, den Weg zu suchen, wie, ja leider nicht sofort, aber schließlich doch eine Internationale zustande kommen kann, in der die Massen der klassenbewußten Arbeiter aller Länder vereinigt sind.

Föderalisten und Alideutsche in Bayern

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abg. Held, hat im „Bayerischen Kurier“ eine Interpretation des föderalistischen Programms seiner Partei veröffentlicht, in der er zu beweisen versucht, daß die Bayerische Volkspartei nicht auf Reichszerschlagung hinarbeite. Das Programm, das auf dem Bamberger Parteitag der Bayerischen Volkspartei angenommen wurde, verlangt: „Das Recht der einzelnen Staaten, ihre Staatsform und Staatsverwaltung selbst zu bestimmen. Die beschleunigte Ermöglichung der Bildung von Einzelstaaten auf verfassungsmäßigem Wege.“ Dazu führt Herr Held aus: „Selbstverständliches wollte und sollte durch diesen Satz für keinen Einzelstaat des deutschen Reiches etwa das Recht in Anspruch genommen werden, ohne jede Rücksicht auf die Grundlagen der Reichsform und Reichsverfassung seine eigene Form und Verfassung willkürlich zu bestimmen.“ Unter Bezugnahme auf Artikel 18 der Reichsverfassung versucht Herr Held dann die föderalistischen Bestrebungen der Bayerischen Volkspartei als völlig harmlos darzustellen.

Die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei in Bayern) — die guten Freunde der Bayerischen Volkspartei — halten aber die Definitionen des Herrlichen Held nicht für genügend. Dieses deutliche Abwärtigen der alideutschen Mittelparteier von den Herrlichen Föderalisten ist recht auffällig, ebenso der dadurch ausgeübte Versuch Helms, durch seine Interpretation das Bamberger Programm als reichserhaltend darzustellen. Die Alideutschen und Föderalisten waren sich ja nie recht einig über die Frage des Föderalismus, aber der Gegensatz trat äußerlich nicht in Erscheinung und wurde immer wieder verkleinert durch den gemeinsamen Kampf gegen den „Bolschewismus“. Jetzt fühlt sich die bayerische Konterrevolution aber so stark, daß sie im „Bolschewismus“ augenblicklich keine akute Gefahr sieht. Sie glauben also ihre Differenzen in aller Deutlichkeit austragen zu können. Der Kleinführer hätte noch länger getüftelt, wenn nicht außenpolitische Ereignisse eingetreten wären, deren letzte Folgen heute noch nicht in ihrer ganzen Wirksamkeit beurteilt werden können.

Der Generalsekretär des französischen Außenministers, Herr Paleologue, ist zurückgetreten und der französische Gesandte in München, Baron le Dard, ist nach Paris abgereist. Wenn auch der Anstoß zu Paleologues Demission die von ihm hinter Willersand Rücken besorgte Anerkennung des Generals Wrangel gegeben haben wird, so scheinen doch die bayerisch-französischen Beziehungen nicht ohne Einfluß auf dieses Ereignis gewesen zu sein, und im engsten Zusammenhang damit steht natürlich die Abreise des Gesandten le Dard aus München. In Paris scheint sich die Ueberzeugung durchgedrungen zu haben, daß die Unterstützung der bayerischen Konterrevolution durch Paleologue und Dard, vermittelt durch den Herrlichen Dr. Heim, doch nicht ganz den kapitalistischen Interessen der französischen Bourgeoisie entsprechen dürfte. Die stillschweigende Billigung der föderalistischen Bestrebungen der Bayerischen Volkspartei durch die alideutschen Mittelparteier hat in Paris doch stuhlig gemacht.

Der französische Botschafter in Berlin, Herr Laurent, ist nach der „Humanität“ mit der Politik des Herrn Dard nicht einverstanden, und es soll Differenzen gegeben haben, die Herrn Dards Reise mit veranlaßt haben. Der Pariser Regierung ist doch nicht ganz wohl bei dem Erstarken der militärischen Konterrevolution in Bayern, und Herr Dard, der ein Freund der bayerischen Einwohnerwehren ist, befindet sich gerade in dieser Frage im Gegensatz zu Laurent, der auch in Bayern die Einwohnerwehren aufgelöst wissen will. In Paris hat man sich jetzt davon überzeugt, daß die bayerische Konterrevolution eine vorwiegend alideutsche Bewegung ist, und vor der Nachterweiterung der Militärs hat man doch einige Angst. Der neue französische Ministerpräsident Legeres will sich angeblich in die inneren Verhältnisse Deutschlands nicht einmischen, und die Beziehungen zwischen der französischen und deutschen Schwerindustrie stehen der weiteren Unterstützung der bayerischen Separatisten ebenfalls im Wege. Die bayerische Konterrevolution steht die französische Stütze schwinden und nun beginnen die Föderalisten und Alideutschen sich gegenseitig ihre politischen Fehler vorzuwerfen.

Die bayerischen Alideutschen haben den Föderalismus bisher als Borspann benutzt, um unter Anlehnung an Frankreich ihren konterrevolutionären Zielen näherzukommen. Frankreich hat den Föderalismus unter Paleologue gestützt, um Deutschland zu schwächen und seine Politik gegen den „Bolschewistischen“ Norden zu stärken. Der neue französische Ministerpräsident scheint diese Politik nicht mehr mitzumachen und die bayerischen Alideutschen würden dadurch ein Argument mehr gewinnen, den föderalistischen Herrlichen zu beweisen, daß die nationale Politik auch in Bayern sich durchsetzen müsse. Das kann gewissermaßen als ein Erfolg der Alideutschen gewertet werden, während die Herrlichen sich im Augenblick in Abwehrstellung befinden.

Verbot deutscher Zeitungen in Polen. In Polen sind folgende deutsche Zeitungen verboten: „Die Brücke“, „Deutscher Volksrat“ und „Deutsche Weisheit“. Ähnlich in Danzig; ferner der „W. Berlin“, die „Kriegs-Arbeiterzeitung“ und das „Neue Wiener Journal“.

Verbilligung des Kartoffeltransports. Aus München wird gemeldet, daß vom 1. November an, die Kartoffeln in die niedrigste Frachtklasse eingereiht werden. Dadurch wird der Kartoffeltransport verbilligt.

Die Ausperrung im Zeitungsgewerbe

Machtkampf der Unternehmer

Der Kampf im Zeitungsgewerbe verschärft sich immer mehr. Ohne jede Rücksicht auf die schwere Schädigung, die durch das Nichterscheinen der Zeitungen auch für zahlreiche andere Gewerbe eintritt, verfolgen die Unternehmer die Absicht, diesen Kampf zu einem großen Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit zu gestalten. Eine Korrespondenz meldet:

Auf Grund ihrer Sympathieerklärung für die Zeitungsverleger seitens der Buchdruckereibesitzer haben sich 150 Firmen bereit erklärt, die Herstellung der Zeitungen und der sonstigen Arbeiten der Zeitungsbetriebe zu übernehmen. Bei Ablehnung der Ausführung dieser Arbeiten durch das Personal werden die Druckereifirmen ebenfalls zu Entlassungen ihrer Arbeiter schreiten. Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter der „Neuen Zeit“ in Charlottenburg haben sich geweigert, die Herstellung der von den Verlegern geplanten Einheitszeitung auszuführen. Daraufhin sind diese Arbeiter striktlos entlassen worden. Zur Zeit findet eine Sitzung der Zeitungsverleger statt, in der über weitere Maßnahmen beraten wird.

Das ist eine Bestätigung der von uns in der gestrigen Morgenausgabe dargelegten Absichten der Unternehmer. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Regierung sich der Macht der Unternehmer willig beugt. Während sie bei Streiks von Arbeitern dauernd zum Schutze des bedrängten Unternehmertums eingetreten ist, läßt sie jetzt die schwerste Schädigung des Wirtschaftslebens ungehindert zu. Wir wundern uns darüber nicht, und wir sind weit davon entfernt, von der Regierung eine andere Haltung zu erwarten. Wir konstatieren diese Tatsache nur, weil sie zeigt, daß in dem Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit die Regierungsgewalt stets zugunsten des Unternehmers eingesetzt wird.

Es ist selbstverständlich, daß das Bürgertum auch bei diesem Streik wiederum versucht, ihm politische Motive unterzuschleichen. Wie unwarhaft das ist, erhellt die nachfolgende Darstellung, die zeigt, daß die überaus schlechte Entlohnung der Zeitungsangestellten die Ursache für diesen Kampf abgibt.

Nach wie vor ist deshalb die tatkräftige Solidarität aller Arbeiter, insbesondere jede Verweigerung von Streikarbeit, dringende Pflicht.

Ueber die gekletterten Verhandlungen wird uns noch berichtet:

Am Freitag waren Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom Zeitungsgewerbe durch das Reichsarbeitsministerium zu einer Besprechung eingeladen, die vom Leiter der Sitzung als unverbindlich bezeichnet wurde. Erschienen waren der Arbeitgeberverband, Vertreter der Afa und der von der Ausperrung betroffenen freien Arbeitergewerkschaften. Die Arbeitgeber erklärten, daß ihre Betriebe schon seit langem nicht mehr rentabel seien und lehnten mit dieser Begründung jede Lohnerhöhung der Angestellten ab. Als Beweis für die Unrentabilität glaubten sie anführen zu sollen, daß der Staat ihnen zur Senkung der Papierpreise ja 30 Millionen bewilligt habe. Die Unrentabilität könnte ja wohl am besten dadurch nachgewiesen werden, daß den Betriebsräten das ihnen nach dem Gesetz gewährte Recht auf Einsichtnahme in die Bilanz und die Lohnbücher gewährt würde, was bisher

ja strikt verweigert wurde. Es muß also wohl in diesen Bilanz etwas stehen, was die große Kostlage der Arbeitgeber nicht ohne weiteres erweist. Die Afa-Berichter begründeten ihren Standpunkt und erklärten, von diesem nicht abgehen zu können. Nach Sonderverhandlungen beider Parteien mußten die Besprechungen abgebrochen werden, nachdem der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Regierungsrat Dr. Bähler, erklärt hatte, daß die Arbeitgeber nicht geneigt seien, irgendeine Lohnerhöhung zu bewilligen.

Interessant ist es, die Löhne der Angestellten im Zeitungsgewerbe zu betrachten. Die meisten Angestellten haben Monatslöhne von 500 bis 750 Mark. Die Afa forderte, daß auf die niedrigsten Lohnsätze, also die der Jugendlichen, in Höhe von 150 bis 350 Mark monatlich ein 25prozentiger Zuschlag käme und auf die übrigen Löhne ein solcher von 20 Prozent. Die sogenannten Diätäre, die für 16 bis 20 Mark täglich arbeiten, sollten nach der Forderung der Afa 24 bis 30 Mark bekommen. Jeder gerecht urteilende Mensch wird schon aus dieser Aufstellung erkennen können, daß die Forderungen der Angestellten durchaus bescheiden zu nennen sind, wobei hervorgehoben werden muß, daß die Löhne der Angestellten des Zeitungsgewerbes rund 50 Prozent niedriger sind als die anderer Branchen und auch solcher Branchen, in denen tatsächlich ein gewisser Produktionszustand zu verzeichnen ist.

Es wird immer klarer, daß nicht die finanzielle Unmöglichkeit, diese Löhne zu erhöhen, zur Haltung der Arbeitgeber geführt hat, sondern vielmehr die bewußte Absicht, den von allen Arbeitgebern beschlossenen Kampf nun zu beginnen. Man glaubte dies gerade bei den Angestellten des Zeitungsgewerbes riskieren zu können, weil diese bisher leider stets bereit gewesen waren, sich mit weniger zufrieden zu geben, als sie ursprünglich forderten. Die arbeitende Bevölkerung und die gesamte Arbeiterbewegung wird es begreifen, wieviel von dem Kampf im Zeitungsgewerbe auch für sie abhängt. Den Unternehmern muß die Solidarität der gesamten Arbeiterbewegung in einer Weise gezeigt werden, die ähnliche Provokationen für die Zukunft unmöglich macht. Ohne weiteres ist zuzugeben, daß niemals mit größerem Recht ein Lohnkampf geführt wurde, daß aber auch niemals die Zustimmung der Unternehmer größer war als bei dieser Bewegung. In den nächsten Tagen wird der arbeitenden Bevölkerung gezeigt werden, in welcher Weise sie ihre Solidarität für die Kämpfenden auch praktisch betätigen kann. Die Unternehmer beabsichtigen nach Pariser Muster ein sogenanntes Einheitsblatt herauszugeben und werden vielleicht, wenn die Berliner den Druck ablehnen, dieses Blatt in der Provinz herstellen lassen. Sie werden aber dabei erfahren müssen, daß in diesem aufgezwungenen Kampf Provinz und Berlin völlig eins darin sind, daß der Vernichtungswille der Unternehmer gebrochen werden muß.

In der Streklage hat sich bisher nichts verändert. Montag früh findet eine gemeinsame Sitzung der Betriebsräte und Funktionäre sowie der Vertreter der freien Angestellten- und Arbeitergewerkschaften statt.

Von der „Welt am Montag“ wird uns mitgeteilt, daß die Forderungen der Angestellten von ihr bewilligt worden sind. Die Zeitung kann am Montag nur deshalb nicht erscheinen, weil die Lindenbruderei das gesamte Personal ausgesperrt hat.

Die polnischen Friedensbedingungen

9. Oktober.

Ueber die Friedensbedingungen verlauiet folgendes:

1. Die beiden Parteien sind sich darüber einig, daß die Unabhängigkeit der Ukraine und von Weißruthenien, soweit diese Länder auf der russischen Seite der Waffenstillstandslinie liegen, anerkannt werden müssen.
2. Man verpflichtet sich gegenseitig, sich nicht in die internen politischen Fragen der beiden Länder zu mischen.
3. Polen braucht einen Teil der russischen Schuld nicht zu bezahlen.
4. Rußland zahlt an polnische Staatsangehörige eine Vergütung für die durch den Krieg veranlaßten Schulden.
5. Rußland gibt die polnischen Archive und historischen Wertgegenstände zurück, ferner auch die nach Rußland verschleppten Maschinen und Mobilien.

Die Präliminarien von Riga

9. Oktober.

Auf der Rigaer Konferenz finden jetzt die Schlussungen statt. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag berieten die anwesenden Kommissionen, um die für gestern vereinbarte Frist des Vertragsabschlusses gemäß den Waffenstillstandspräliminarien einzuhalten. Wenn auch die Russen angesichts der Frontlage und unter der Unsicherheit im Inneren kapitulierten und die polnischen Bedingungen en bloc angenommen haben, so ist die Fristsetzung ein diplomatischer Positionsgewinn für Joffe. Ein Teil der polnischen Delegierten wirft Dombiski vor, einen schweren Fehler begangen zu haben, daß er den Russen diese Frist eingeräumt habe, da nunmehr eine Verlängerung der Frist von der Einwilligung der Russen abhängig sei. Gegen 2 Uhr nachts herrschte der Eindruck vor, daß sich dieses Zugeständnis kaum vermeiden lassen wird. Auch sonst sind die Erwartungen für einen schnellen Abschluß sehr gedrückt. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß nach Abschluß der Präliminarien noch weitere Einzelverhandlungen stattfinden. Noch vor Abschluß des Vorfriedens sind Proteste seitens des Nationalrates von Ostgalizien und der weißrussischen Republik eingegangen, in denen betont wird, daß man ohne sie vorher zu fragen, über ihre Territorien selbstständig verfügt habe.

Vormarsch auf Wilna

Polen bricht den Vertrag

Wilna, 9. Oktober.

Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Am 7. d. Mts. unterzeichneten die Polen in Gegenwart der internationalen Schiedsgerichtskommission den Waffenstillstandsvertrag mit Litauen und erkannten die Demarkationslinie als rechtsgültig an. Noch an demselben Abend griffen die Polen trotz der dringenden Warnung der internationalen Kommission die litauischen Stellungen unerwartet an, durchbrachen die Demarkationslinie und legten mit ungewöhnlich starken Kräften den Vormarsch gegen Wilna fort. Die internationalen Kommission steht dem neuen polnischen Waffenstillstandsbruch machtlos gegenüber. Es haben sich erbitterte Kämpfe in der Gegend von Jozys entsponnen, auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen. Die litauische

Heeresleitung hat Maßnahmen getroffen, um die litauische Hauptstadt Wilna bis zum letzten Mann zu verteidigen. In Stadt und Land haben sich Bürgerwehren gebildet. Die polnische Wehrmacht ist so groß, daß es ihr gelungen ist, bis auf 15 Kilometer südlich von Wilna vorzudringen. Da man damit rechnen muß, daß die Polen auch ihr Versprechen, Wilna unberührt zu lassen, treulos brechen werden, hat die litauische Regierung sich entschlossen, die Ministerien und die Beamten nach Kowno zurückzuverlegen. Die internationalen Kommissionen haben sich bereit erklärt, den Schutz der litauischen Interessen in Wilna zu übernehmen, falls es den Polen gelingen sollte, sich der Stadt zu bemächtigen. Sie haben einen neuen Versuch unternommen, dem polnischen Vormarsch Einhalt zu gebieten.

Eine neue Front im Osten

9. Oktober.

Der Chefredakteur der Moskauer „Iswestija“, Sielkow, schreibt: Rußland müsse im Osten auf der Hut sein, da sich dort eine neue Front bilde; England habe beschlossen, Rußland vom Orient her anzugreifen. Vor der bolschewistischen Niederlage bei Warshan, wollte Lloyd George in der Annahme, daß die Sowjetregierung und die Rote Armee stark dastehen, durch ein Uebereinkommen mit den Bolschewisten die englischen Kolonien retten. Jetzt ist man in England der Ansicht, daß man Sowjetrußland leicht zerstückeln könne und droht ihm mit einer Zerstückelung im Osten. Der Ueberfall soll von Georgien, Aserbeidschan, Persien und Buchara her stattfinden; dort werden bereits Heereskräfte konzentriert. Die englische öffentliche Meinung, die über die Verhältnisse im Orient schlecht unterrichtet ist, wird schon auf die bevorstehenden Ereignisse vorbereitet. Sowjetrußland muß sich zur Abwehr bereithalten.

Phantastische Forderungen

9. Oktober.

Das französische Finanzministerium teilt mit, daß nunmehr alle übrigen Ministerien ihre Ausgabenrechnungen für 1920 eingereicht haben und daß das Kriegsministerium allein seine Ausgaben betragt erhöht, daß der Budgetentwurf für 1921 26 Milliarden regelmäßige Ausgaben beanspruchen wird, gegen 22 Milliarden im Jahre 1920. Dazu kommt ein Budget der außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 24 Milliarden für den Wiederaufbau der vom Kriege betroffenen Provinzen und die Unterhaltung der Truppen in den besetzten Gebieten. Diese riesigen Ausgaben sollen einfach als Kriegsschadigung Deutschlands aufgeschrieben werden.

In der Pariser Börsen wurden vorgestern 100 Mk. mit 24 Prozent notiert, so daß nach der Aufstellung des Budgetentwurfes Deutschland allein im Jahre 1921 nahezu 100 Milliarden Mark an Frankreich zu zahlen hätte. Nach dem Versailler Friedensvertrag soll Frankreich sechs Monate nach vorherigem Einvernehmen mit seinen Bundesgenossen die Gesamtschuld seiner Entschädigungsforderungen bekanntgeben. Man kann sich vorstellen, welche fabelhafte Summe sich auf der Grundlage dieses Budgetentwurfes von 1921 aufbauen ließe, wenn die Bundesgenossen Frankreichs derartige Ansprüche unbedenken anerkennen wollten.

Genossen besucht die heutigen Versammlungen

Die Kündigung der „Freiheit“ Redaktion abgelehnt

Die am Sonnabend, den 8. Oktober, stattgefundene kombinierte Sitzung des Vorstandes, des Aufsichtsrats nebst Betriebsrats der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ nahm Stellung zu der vom Vorsitzenden der Pressekommision beantragten Kündigung sämtlicher Redakteure der „Freiheit“ mit Ausnahme des Redakteurs Baron. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende den Wortlaut des in seinen Händen befindlichen Originalantrages der Revisionskommission, der in der Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ am 7. Juni angenommen worden ist, monach die Streitigkeiten über Einstellung und Entlassung von Redakteuren eine gemeinsame Sitzung von Vorstand, Aufsichtsrat und Pressekommision durch einfachen Mehrheitsbeschluss die Entscheidung treffen. Einige Mitglieder der Pressekommision erklärten demgegenüber, daß der Antrag des Genossen Stolt in der Generalversammlung anders gelautet habe. Der Leiter der kombinierten Versammlung konnte feststellen, daß sechs Genossen von der siebenköpfigen Revisionskommission die Darstellung, wie sie vom Vorsitzenden der Generalversammlung gegeben worden ist, bekräftigen. Genosse Döring als Vorsitzender der Generalversammlung erklärte ausdrücklich, daß er den im Original vorliegenden Antrag der Revisionskommission, unterschrieben vom Genossen Stolt, in der Generalversammlung zur Abstimmung gebracht habe. Nachdem inzwischen zur Geschäftsordnung beantragt worden war, die Diskussion über diese Frage zu schließen und endlich in die sachliche Behandlung des Beschlusses der Pressekommision, betr. Entlassung der Redaktion, einzutreten, und dieser Antrag mit 19 gegen 15 Stimmen angenommen war, verließ auf Aufforderung des Genossen Eichhorn ein Teil der Mitglieder der Pressekommision die Sitzung.

Nachdem das der Geschäftsleitung zugegangene Schreiben des Vorsitzenden der Pressekommision sowie die Antwort der Geschäftsleitung darauf verlesen worden war, kam noch folgendes Schreiben der Pressekommision für das Havelland zur Verlesung:

Spanbau, den 7. Oktober 1920.
Bühlschwerder Str. 2.

An die Geschäftsleitung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.
Begrußend auf Artikel „Die Zerstörung beginnt“ teile wie folgt mit:

In dem Schreiben der Pressekommision wird u. a. auch die Kündigung des Redakteurs Dahle verlangt. Als Vorsitzender der Pressekommision der „Freiheit“ für das Havelland und Kreis Ruppin“ erhebe ich Einspruch gegen die verlangte Kündigung des Genossen Dahle aus folgenden Gründen: Wir sind der Ansicht, daß die Pressekommision der Berliner „Freiheit“ kein Recht dazu hat, über unsere Angelegenheit zu entscheiden. Ueber die Geschäftsleitung unseres Blattes muß man uns schon selbst urteilen lassen. Bis jetzt ist mit als Vorsitzender der Pressekommision von seiner Ortsgruppe unseres Verbreitungsgebietes mitgeteilt worden, daß man mit der Schreibweise des Genossen Dahle angetrieben wäre. Es wäre zu mindestens Pflicht des Vorsitzenden der Berliner Pressekommision gewesen, uns zu der Sitzung, wo dieser schwerwiegende Beschluß gefaßt wurde, einzuladen. Es scheint aber bei einigen Genossen die Ansicht zu bestehen, daß nur Berlin in Parteianglegenheiten Wortführer ist oder sein kann. Wir müssen unser Blatt selbst aufbauen, folglich können auch wir selbst nur, wenn wir so gewissenlos wären, dasselbe niederreißen.

Wir sind also nicht gewillt, uns beiseite schieben zu lassen, sondern fordern das uns zustehende Mit- und Einspruchsrecht, das nach unserer Ansicht nicht gewahrt worden ist. Im übrigen sind auch wie außer anderen naheliegenden rechtlichen Gründen der Ansicht, daß nur in einer gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrats als Vertreter der Genossenschaftler, des Vorstandes und der Pressekommision, auch unserer, die Angelegenheit zu regeln wäre.

Um baldige Antwort wird erjucht.

Mit Parteigruß

Griegfried Leo,

Vorsitzender der Pressekommision für das Havelland.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß daraus hervorgehe, daß selbst ein Teil der Befürworter der Anschlußbedingungen mit der Entlassung der Redakteure nicht einverstanden sei.

Räumlich wurde in die Beratung des Antrages der Pressekommision eingetreten, deren Ergebnis die Annahme nachstehender Entschließung mit allen gegen eine Stimme bei 25 Anwesenden war:

„Die gemeinsame Sitzung des Vorstandes, des Aufsichtsrates nebst Betriebsrates der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und der Pressekommision lehnt die von der Pressekommision beantragte Kündigung der Redakteure der „Freiheit“ ab.“

Das Vorgehen des Vorsitzenden der Pressekommision, Schwent, bedeutet eine unbefugte Ueberschreitung der Befugnisse der Pressekommision selbst. Die Ausführung seines Verlangens hätte die schwerste Schädigung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ mit sich gebracht, da es das Nichterscheinen des Blattes zur Folge gehabt hätte.“

Uns geht folgende Erklärung zu:

„Die unterzeichneten 16 Mitglieder der Pressekommision haben gegen die Teilnahme des Aufsichtsrats an der gemeinsamen Sitzung der Pressekommision mit dem Vorstande der Verlagsgenossenschaft Protest erhoben, weil nach ihrer Auffassung der seinerzeit gefaßte Generalversammlungsbeschluss dem Aufsichtsrat das Recht der Teilnahme nicht zugestanden hat. Die zur Klärung der Streitfrage einzig in Betracht kommende erneute Generalversammlung haben wir deshalb abgelehnt, an der zu Unrecht zusammengelassenen Sitzung weiterhin teilzunehmen, weil es klar zutage trat, daß der Vorstand und Aufsichtsrat in Gemeinschaft mit der verschwindenden Minderheit der Pressekommision die Absicht hatten, ihr numerisches Übergewicht zu einer Vergewaltigung der Mehrheit der Pressekommision und der Mehrheit der Berliner Parteigenossen auszunutzen.“

Schwent, Hanna Ludewig, Ernst Schulze, Franz Thielert, Wöhl, Eichhorn, Schreier, W. Kleiß, Buchholz, Schulzsch, Fritz John, Winkelhoffer, Pfeiffer, Garze, Wegmann, Thomas.

Ferner erhalten wir vom Genossen Stolt folgende Zuschrift: Die Zuschriften der weiteren Mitglieder der Revisionskommission ändern nichts an der Tatsache, daß die Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ am 7. Juni cr. den von mir gestellten Antrag, der nur das Einspruchsrecht des Vorstandes gegen Beschlüsse der Pressekommision vorbehält, einstimmig zum

Beschluß erhoben hat. Das geht auch deutlich aus dem am 9. Juni in der „Freiheit“ erschienenen Versammlungsbericht hervor. Dort heißt es:

„Außerdem wurde ein Antrag der Revisionskommission einstimmig angenommen, in dem gelagt wird, daß die Kontrolle der politischen Haltung der „Freiheit“ durch die von der politischen Organisation Groß-Berlin gewählte Pressekommision ausgeübt werden muß. Diese hätte auch über Einstellung und Entlassung der Redaktion zu entscheiden. Auf Einspruch des Vorstandes wird in einer kombinierten Sitzung der Pressekommision und des Vorstandes durch einfachen Mehrheitsbeschluss entschieden.“

Nicht wie Anträge ursprünglich gelautet haben — hier verwechseln die anderen Genossen, Redaktion wie Geschäftsleitung, den alten Antrag vom 20. April cr., der von mir in einer Mitteilung an die Geschäftsleitung unterschrieben ist, mit dem von mir in der Generalversammlung gestellten — sondern entscheidend ist der Wortlaut eines Antrages bei der Beschlusfassung.

Ich bin sowohl im Besitze der Protokolle der Revisionskommissionssitzungen wie der dort behandelten Anträge und habe in der Generalversammlung den abgeänderten Wortlaut dem Protokoll angefügt. Wäre das Protokoll über die Generalversammlung vom 7. Juni cr. einwandfrei geführt, dann müßte der genaue Wortlaut ersichtlich sein. Ebenso ergeben die Genossenschaftslisten des Amtsgerichts darüber keinen Aufschluß, weil die Annahme dieses Beschlusses seitens des Vorstandes unterlassen worden ist.

Die Unterzeichner der obenstehenden Erklärung gehen ebenso wie der Genosse Stolt von der falschen Voraussetzung aus, daß der Aufsichtsrat kein Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung und Entlassung der Redakteure habe. Diese Ansicht ist durch die Erklärungen sämtlicher Mitglieder der Revisionskommission (mit Ausnahme von Stolt) und durch den vom Genossen Stolt selbst geschriebenen Antrag widerlegt worden, und es wirkt geradezu lächerlich, wenn sich Genosse Stolt demgegenüber auf den kurzen Versammlungsbericht in der „Freiheit“ beruft, in dem der Beschluß nicht im Wortlaut wiedergegeben worden ist.

Auch die 16 Unterzeichner der obenstehenden Erklärung klammern sich an diese irrige Auffassung, um den Aufsichtsrat des ihm von der Generalversammlung zugestandenen Mitbestimmungsrechts zu berauben.

Angesichts dieser klaren Absicht der 16 Pressekommisionsmitglieder muß ihre Insinuation, daß Vorstand und Aufsichtsrat in Gemeinschaft mit der Minderheit der Pressekommision die Absicht hatten, die Mehrheit zu „vergewaltigen“, mit besonderer Schärfe zurückgewiesen werden. Dieselben Genossen, die jetzt diese ungeheuerliche Anschuldigung erheben, haben sich nicht gehütet, von ihrem „numerischen Übergewicht“ in der Pressekommision den brutalsten Gebrauch zu machen. Sie haben sich nicht gehütet, sich über Beschlüsse der Pressekommision selbst hinwegzusetzen und eine Gewaltpolitik schamloser Art gegen die ihnen unbecommene Redaktion zu inaugurieren, um das Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie den Kommunisten in die Hände zu spielen. Jetzt jammern sie über „Vergewaltigung“ seitens der ordnungsmäßig eingeleiteten Körperschaften. Diese Rolle der verfolgten Moskauer steht aber gerade ihnen am allerwenigsten zu Gesicht.

Das Vorspiel

Wie sie die Diktatur auffassen!

In Hamburg und einigen anderen Orten ist bereits das Vorspiel gegeben worden, wie sich in Zukunft die Diktatur der neu-kommunistischen Parteiführer über das Proletariat gestalten wird. Ein weiteres Beispiel hat Bochum geliefert. Dort hat am letzten Sonntag eine Generalversammlung sich für die Moskauer Bedingungen erklärt. Von der Minderheit, den Gegnern der Moskauer Bedingungen, wurde an die Generalversammlung der Wunsch gestellt, es sollte bei der Urwahl abgestimmt werden:

1. Für die Bedingungen,
- oder:
2. Gegen die Bedingungen.

Von den Genossen, die Bedenken gegen die Moskauer Bedingungen haben, wurde um diesen Antrag, der in ganz Deutschland selbstverständlich war, gerabob getrieben. Mit großer Majorität wurde dieser Wunsch abgelehnt und an dessen Stelle zu der Urwahl der Stimmzettel so aufgestellt:

1. Für den Anschluß an die 3. Internationale.
2. Gegen den Anschluß an die 3. Internationale.

Da die Genossen, die Bedenken gegen die Moskauer Bedingungen haben, keine Gegner des Anschlusses an die 3. Internationale sind, ihnen aber der Stimmzettel: Gegen den Anschluß an die 3. Internationale mit Gewalt aufgestellt werden sollte, müssen sie nun auf Grund dieses Beschlusses von der Beteiligung an der Wahl Abstand nehmen. Durch diesen Stimmzettel wollten die Anhänger der Moskauer Bedingungen die Gegenseite zu Antihörschweigen und zu Gegnern der 3. Internationale kempeln. Diese Diktatur über das Proletariat war so plump und so durchsichtig, daß die Gegner der Moskauer Bedingungen von der Aufstellung der Kandidaten zum Parteitag Abstand nehmen mußten, was einem Wahlrechtsraub gleichkommt.

In Nürnberg hat eine Parteiversammlung beschlossen, keine Urwahlen vorzunehmen. Es werden nur Delegierte der Anschlußbefürworter geschickt. Der Beschluß wurde mit 267 Stimmen bei 172 Enthaltungen gefaßt. Es ist doch leitend: Die Anhänger des Moskauer Diktats behaupten, die „große Mehrheit“ der Parteimitglieder hinter sich zu haben. Trotzdem haben sie eine sehr starke Scheu vor Urwahlen, obwohl doch gerade durch diese erst der wahre Wille der Mitglieder festgelegt werden kann. Wenn die Anhänger der Diktatur des Proletariats über das Proletariat schon heute durch Zwangsmassnahmen jede freie Willensregung der Parteimitglieder unterbinden, wie werden sie sich dann erst gebärden, wenn sie die alleinigen Herren im Tempel ihrer Sekte sind.

Gewissen und Disziplin

Der „Vorwärts“ schreibt:

„Wer einmal in einem Parteigebilde den Boden der demokratischen Einordnung verlassen hat, wer einmal den Grundjah ausstellt, daß das Gewissen vor Disziplin gebe, der darf sich nicht wundern, wenn diese Lehre weitere Anhänger findet und die Folgen schließlich über seinem eigenen Haupte sich entladen.“

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß der „Vorwärts“ mit diesen Worten den Versuch macht, zu den Vorgesängen in unserer Partei gewissermaßen geschichtsphilosophisch Stellung zu nehmen, denn Hoher beharrte er sich in seinen Neigungen lediglich

auf häßliche Stoffen und bössartige Verdrehungen, deren Zweck zu offensichtlich war, als daß man darauf hätte eingehen können.

Doch wie steht es mit seiner heutigen Theorie? Der „Vorwärts“ spielt darauf an, daß die Entstehung der U. S. P. auf die Tatsache zurückgeht, daß zahlreiche Genossen es nicht mit ihrem Gewissen zu vereinbaren vermochten, der alten Partei, die sich dank der grundlosigen Politik der Parteinstanzen in ein Instrument des Krieges, in eine Fessel des proletarischen Klassenkampfes verwanbelt hatte, die Disziplin zu wahren. Auch jetzt hält also der Vorwärts an dem Standpunkt fest, daß die Genossen in dem Konflikt zwischen Gewissen und Disziplin zugunsten der letzteren hätten entscheiden müssen. Dieser Standpunkt ist charakteristisch für die Unoffizierergesinnung der Rechtssozialisten, die der nackten Disziplin alles opfert: Gewissen, Gewissens, Grundfaktoren usw., und die noch heute den Unterschied nicht erkennt, der zwischen dem Kampf des sozialistischen Gewissens gegen die vereinigte Diktatur der rechtssozialistischen Parteiführer und der wilhelminischen Generale in der Kriegszeit und den heutigen Auseinandersetzungen innerhalb der U. S. P. besteht.

Gerade wir, die den schweren Kampf gegen die Diktatur der Rechtssozialisten ausgefochten haben, kämpfen heute mit aller Energie gegen die Diktatur Moskaus, in der wir eine Neuaufgabe der Eber-Scheidemann-Diktatur in der Kriegszeit erblicken. Der „Vorwärts“ sollte deshalb in eigenen Interesse den Mund halten. Seine verlogene „Demokratie“ ist nichts weiter als eine Attrappe für politische Kinder, disziplinfeindliche Unteroffiziere und impotente Geschäftsleute.

Stügen der Gesellschaft

Wie aus Magdeburg berichtet wird, sind dort der 1. Direktor Arnold und der Prokurist der Chemischen Fabrik Budau A. G. auf Antrag des Landespolizeiamtes Berlin von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, große Mengen Alkohol und Kalklaugen ins Ausland verschoben zu haben. Sehr hohe Geldsummen wurden als die den Verhafteten gegebenen Schmiergelder beschlagnahmt.

Der Direktor der Fabrik Budau A. G. war sehr intensiv in dem Spießskandal, den vor einigen Wochen der Rechtssozialist Hörsing aufdeckte, verwickelt. Er hatte der antihörschweigenen Grenzpropagandagesellschaft Gelder aus der Industrie zukommen lassen, um deren Kreaturen zu bezahlen. Die Budau A. G. stand natürlich auch auf der Subskribentenliste für die antihörschweigenen Liga. Das muß man wissen, wenn man jetzt von der Verhaftung des sauberen Schlotbarons wegen Auslandschiebung hört.

Seltene Zustände

Am Freitag wurde bei dem russischen Genossen Losowski eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Das Auswärtige Amt versicherte, es habe die Hausdurchsuchung nicht veranlaßt, auch vom Polizeipräsidium und vom Staatskommissar für öffentliche Ordnung sei eine derartige Anweisung nicht erteilt worden. Jetzt gibt auf einmal das Polizeipräsidium bekannt, die Hausdurchsuchung sei doch auf behördliche Anordnung erfolgt und zwar durch den Staatskommissar Weismann. Nur habe es sich nicht um eine Hausdurchsuchung, sondern um eine Fahrzeugkollision gehandelt. Wir möchten nun gerne wissen, ob wir durch das Auswärtige Amt irreführt worden sind oder ob das Auswärtige Amt durch das Polizeipräsidium belogen wurde.

Richtigstellung

Im Leitartikel des Genossen Paul Faure, erschienen in der geistigen Abendausgabe, ist durch den Wegfall einer Zeile ein wichtiger Passus unklar wiedergegeben worden. Es muß auf der zweiten Spalte, letzter Absatz, heißen:

„Bald darauf erfuhr wir (Faure und Longuet) durch die „Freiheit“, daß es nicht neun Bedingungen waren, sondern einundzwanzig. Longuet und ich erhoben darauf im „Populaire“ einen lebhaften Protest gegen die Zweideutigkeit, unter der die Debatten in unserer Partei vor sich gehen müßten, eine Zweideutigkeit, die übrigens nirgends gerestreut wurde, da noch niemand, selbst die entschiedensten Anhänger der 3. Internationale erklärt hat, die 21 Bedingungen anzunehmen; im Gegenteil formulierten alle sehr ernsthafte Vorbehalte gegen gewisse unerträgliche Zumutungen Moskaus.“

Zum Parteitag

Die Resolution der Befürworter

Uns geht folgende Resolution zu:

Die beiden Referenten für den Anschluß an die 3. Internationale, die Genossen Däumig und Stoeder, werden dem Parteitag in Halle folgende Resolution vorlegen:

„Der Parteitag erblickt in der Zusammenfassung der revolutionären Parteien aller Länder in eine einheitliche, streng organisierte Internationale eine unbedingte Notwendigkeit. Dem organisierten Weltkapital müssen die revolutionären Kräfte der Proletarier aller Länder geschlossen gegenüber gestellt werden.“

Der Parteitag erblickt in der 3. kommunistischen Internationale die Weltorganisation des revolutionären Proletariats und beschließt den sofortigen Anschluß an diese Internationale, da er die Grundzüge und Thesen dieser Internationale als die seinen anerkennt.

Im Interesse der notwendigen Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Internationale stellt der Parteitag ausdrücklich fest, daß von einer Autonomie der Parteien im bisherigen Sinne in der neuen Internationale nicht mehr die Rede sein kann. Jede angeschlossene Partei muß einen Teil ihrer Autonomie aufgeben und sich völlig in den Rahmen der Internationalen Kampforganisation einfügen, um dadurch die eigene wie auch die Kampfkraft des internationalen Proletariats aufs Höchste zu steigern.

Der Parteitag erkennt die Bedingungen für den Eintritt in die Internationale an und beauftragt die Zentralkommission für ihre Durchführung Sorge zu tragen.

Der Parteitag beauftragt die Zentralkommission, den Anschluß unserer Partei bei der Exekutive zu vollziehen, und sie um die Einstellung von Verhandlungen zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Sektion der kommunistischen Internationale zu ersuchen.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen 9. 30 Mk. an Spez.: Zähne ohne Gaumen. Kelch Luxuspreise.

Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 17

Off. Probe Sonntag, mittags 11 1/2 Uhr. zum I. Philharmonischen Konzert. Solist Josef NIKISCH und PEMBERG. Rudolph Ehrecke

Joseph Bursteen Ostjüdische Volkslieder. Schubert-Abend. Jekelius-Lissmann Gerhard Jekelius

Lula Myszk-Gmeiner "Das Kind im Liede und in der Ballade"

Lotte Groll Prof. Walter Bachmann. Clemens: Sonate Nr. 2, B-dur; Mozart: Sonate D-dur; Schumann: Liszt. - Karten 10-3 M. und Steuer.

Martin Wilhelm Ariens aus Jeptha (Händel); Lieder von Schubert, Liszt, Brahms, Strauß. Am Klavier: Otto Bahr. Karten 10-3 M. und Steuer.

Gustav Havemann Dvorak, Haydn, Brahms. Dir.: R. Hagel. Karten 15-3 M. und Steuer.

Philharmonie. Donnerstag, 14. Oktober, 7 1/2 Uhr. I. Arden- und Walzer-Abend. IVOGUN

Brüder Post-Quartett Mozart: D-dur; Beethoven: C-moll; Brahms: G-dur. Karten 10, 8, 5, 3 M. und Steuer.

Stefan Askenase Bech-Stradal; Schumann; Szymanowski; Wagner-Liszt. Karten 5-2 M. und Steuer.

Brahms-Löwe-Abend Raatz-Brockmann Am Klavier: Prof. Ed. Behm. - Karten: 12-3 M. u. St.

Gustav Brecher Weber: Oav. Oberrag; Strauß: Don Quijote; Mahler: I. Sinfonie. Sol.: A. Kropholler (Cello). - Karten: 15-3 M. u. St.

Weissgerber Tarini: Teufelsbräutchen; Bach: Sonate G-moll; Saint-Saëns, Tschakowsky, Wieniawsky, Paganini. Karten: 15-3 M. und Steuer.

BACKHAUS Schumann: Fantasia, op. 17; Beethoven: Appassionata; J. S. Bach: Italienisches Konzert; Chopin: Liszt. Karten 12-3 M. und Steuer.

SACCHETTO mit ihrem Hammerball • Neues Progr. Bill. 15-3 M. u. Steuer. Bill. behalten Gälligkeit.

HARDT Froher Abend mit hitteren Einschlägen und obligaten „Scharfpieler-Porträts.“ Karten 12-3 M. und Steuer.

II. Meisterkonzert Dir.: Dr. Karl MUCK Solist: BURMESTER

Kläre Köhnlein Bach, Mozart, Schumann, Chopin, Schubert-Liszt, Liszt. Karten 8, 6, 4, 2 M. und Steuer.

TINY DEBUSER HANS PFITZNER Am Klavier: Prof. Dr. Karten 15-3 M. und Steuer.

Maria Ekeblad Faltis, Monogramski, Kangerööm. Am Klavier: Arpad Sandor. | Kart. 10-3 M. u. Steuer.

Hermann Silzer (Violine) Tartini, Bach, Kreisler-Francoeur, Brahms-Joachim. Am Klavier: Ernst Belogh. | Karten 8-2 M. u. Steuer.

Kajes Jacubeit Becker (Klavier) (Violine) (Cello) Karten 10-4 M. und Steuer.

Hilda Wegner Karten 8, 5, 3 M. und Steuer.

Emmy Heim Karten 10-3 M. und Steuer.

BURMESTER Brahms: Sonate 7. Violine und Klavier A-dur; Mendelssohn: Violin-Konzert. - Beethoven: Mondscheinsonate. - Paganini. Mitw.: W. Bardas. Karten 15-3 M. und Steuer.

Holger Prehn Erna Olsen Karten 12-3 M. und Steuer.

BENDER Am Klavier: Michael Rauhelsen. | Karten 15-3 M. u. St. Klindw.-Schwarz-Saal. Sonntag, 23. Okt., 7 1/2 Uhr. Konzert.

Lidus Klein (Violine) Am Klavier: W. Scholz. | Karten 10-3 M. und Steuer.

Max Jaffé Karten 10, 8, 5, 3 M. und Steuer.

ROBERT KOTHE Die 17. Folge. Karten 8-3 M. und Steuer.

LEISNER Am Klavier: Dr. V. Ernst Wolff | Karten 12-4 M. u. St.

Karten für obige Veranstaltungen bei Boie u. Sock, Wertheim u. s. d. Abendkasse.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater 11. u. 12. Der Richter u. Salomon 7 Uhr: Nach Damaskus, L. Toll

Neues Volkstheater 8 Uhr: Der Silberpfeil 7 1/2 Uhr: Dora

Proletarisches Theater Solinstraße 13 10 u. 12. Oktober, ab 7 Uhr: Gegen den weißen Schrecken - für Comenius-Rufland.

Stadttheater Opernhaus 8 Uhr: Die Walküre

Neues Operettenhaus 7 Uhr: Die Csikosbaroness

Operette in drei Akten nach einem Motiv Geddes von Fritz Grünbaum.

Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Der Anti-Christ

Trianon-Theater 8 Uhr: Die Walküre

Walhalla Theater a. Rosenhaler Pl.

Wilhelm Kartstein in Der Stolz der 3. Komp. u. d. g. Oktober-Programm

Die 5 Karley's Marga u. F. Önré Charl. Montrell K. Adler u. Niki Die 4 Elner's Mewa ?????

Heute Sonntag 3 1/2 und 7 1/2 Uhr

Richard Oswald-Lichtspiele Kantstrasse 163

Conrad Veidt den König der Diebe

Manolescu's Memoiren muss jedermann sehen

Richard Oswald-Lichtspiele Kantstrasse 163

Conrad Veidt den König der Diebe

Manolescu's Memoiren muss jedermann sehen

Richard Oswald-Lichtspiele Kantstrasse 163

Conrad Veidt den König der Diebe

Manolescu's Memoiren muss jedermann sehen

Richard Oswald-Lichtspiele Kantstrasse 163

Conrad Veidt den König der Diebe

Manolescu's Memoiren muss jedermann sehen

Richard Oswald-Lichtspiele Kantstrasse 163

Conrad Veidt den König der Diebe

Manolescu's Memoiren muss jedermann sehen

Paul SCHEINPFLUG IX. SINFONIE - Beethoven mit dem Sch. Ingoltinger Chor. Soloquart: Clewing, Raatz-Brockmann, Rosner, Debnikow. Violinkonzert Beethoven: Wjola Lamina. Karten 15-3 M. u. Steuer bei Boie & Bock, Wertheim, für Antezelcher der großen Volkoper ermäßigte Preise. Sonntag mittags 12 Uhr: Blüthnersaal

HEUTE öffentl. Hauptprobe Karten 3,20 und 1,10 M. und Steuer an der Mittagkassa.

Emmi KNOCHE Beethoven, Anzorge, Brahms. Karten 10-3 M. und Steuer bei Boie & Bock, Wertheim.

Eilly RECKE Am Klavier: Max Leortschka. Obligate Violine: Edm. Wehst. Karten 10-4 M. und Steuer bei Boie & Bock, Wertheim

Joseph SCHWARZ Neue Lieder, Arlen v. Verdi. Am Flügel: Michael Rauhelsen. Karten 15-3 M. bei Boie & Bock, Wertheim

I. ELITE-KONZERT Lilly HAFGREN-Duikela Walther KIRCHHOFF Michael ZADORA Karten 15-3 M. u. Steuer bei Boie & Bock, Wertheim

Münzen :: Briefmarken kauft Großmann, Johannisstr. 4. Norden 106 21.

Tanzpalast Kölnische-Kasino Holzmarktstraße 72 am 25. Jannungsbräu Täglich Ball Wecheltags 7 1/2, Sonntags 8 U.

Kreuzer-Sonate von Leo Teitel 164 Seiten 2 Mk. 1.80 Einbandung „Freiheit“ Breite Str. 69

Kajanol-Hantcreme poechne parfümiert, nicht fettend, macht die Haut zart und weiß. Glas, Porzellanboxe 7,50 Mk., Tube 3 Mk. In haben in Drogerien und Parfümerien, wo nicht, vom Hersteller:

Humboldt-Theater Bad-Strasse 19 Sonntag und Montag Fern Andra Wenn Menschen reif zur Liebe sind.

Offi Oswalds Kahada und Kiebig (erner der vollständigste neue Hantcreme). Kaffeezeit 5 Uhr Sonntags 8 Uhr. 1. Bartletteil 6 1/2 Uhr. 2. 8 1/2

Offi Oswalds Kahada und Kiebig (erner der vollständigste neue Hantcreme). Kaffeezeit 5 Uhr Sonntags 8 Uhr. 1. Bartletteil 6 1/2 Uhr. 2. 8 1/2

Offi Oswalds Kahada und Kiebig (erner der vollständigste neue Hantcreme). Kaffeezeit 5 Uhr Sonntags 8 Uhr. 1. Bartletteil 6 1/2 Uhr. 2. 8 1/2

Offi Oswalds Kahada und Kiebig (erner der vollständigste neue Hantcreme). Kaffeezeit 5 Uhr Sonntags 8 Uhr. 1. Bartletteil 6 1/2 Uhr. 2. 8 1/2

Offi Oswalds Kahada und Kiebig (erner der vollständigste neue Hantcreme). Kaffeezeit 5 Uhr Sonntags 8 Uhr. 1. Bartletteil 6 1/2 Uhr. 2. 8 1/2

Offi Oswalds Kahada und Kiebig (erner der vollständigste neue Hantcreme). Kaffeezeit 5 Uhr Sonntags 8 Uhr. 1. Bartletteil 6 1/2 Uhr. 2. 8 1/2

Offi Oswalds Kahada und Kiebig (erner der vollständigste neue Hantcreme). Kaffeezeit 5 Uhr Sonntags 8 Uhr. 1. Bartletteil 6 1/2 Uhr. 2. 8 1/2

Offi Oswalds Kahada und Kiebig (erner der vollständigste neue Hantcreme). Kaffeezeit 5 Uhr Sonntags 8 Uhr. 1. Bartletteil 6 1/2 Uhr. 2. 8 1/2

Bekanntmachung

Alle Abonnenten der „Freiheit“ erhalten gegen Abgabe der letzten Abonnementsquittung an der Kasse des Wallner-Theaters eine Vergünstigung von 33 1/2 Proz. des Kassenspreises zu der Silberbüchsen Operette

Der Geiger von Lugano

in der Premierenaufführung: Elise Ebersberg, Elise Berna, Gustav Mahner, Karl Bederslachs, Oskar Sabo, Hans Wahmann.

Es ist dies eine einmalige Zuwendung, welche lediglich den Abonnenten der „Freiheit“ zuteil wird.

„Der Geiger von Lugano“ ist ein Welterfolg, welcher mit geradem rauschendem Beifall allabendlich 7 1/2 Uhr in Szene geht. Diese Vergünstigung wird nur an Wochentagen gewährt.

Die Direktion.

Lehrerversammlung, Gr. Saal, Dienstag, 12. Oktober, abends 8 Uhr

Vortrag! Dr. Levy-Lenz, Spezialarzt in Berlin über Prof. Steinachs Vortrag! Vertheilung der Krankheiten der Geschlechtsorgane. Karten 8, 6, 4, 2 M. und Steuer bei Boie & Bock, A. Wertheim, Leipziger, König- und Rosenhaler Str., Waditschki, Königstr. 20, 21.

Zigaretten! Englische Marken von 20 bis 220 an Deutsche Marken von 20 bis 120 an Eigene Zigarettenfabrik bietet Zigaretten billiger wie überall Hanewacker, Stumpen, Zigaretten, Neufölln, Bergstr. 52 53 Ecke Jannungsbräu Berlin, Münzstraße 2

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater

Allabendlich 7 1/2 Uhr: Berlins größter Operettenschlager

Jubelnder Beifall! - Täglich ausverkauft!

Ihre Hoheit die Tänzerin

Operette in 3 Akten von Walter W. Goetze mit Elisabeth Valzer, Betty Feiner, Gustav Jahrbeck, Kurt Mikulski, Fritz Schulz

Des großen Kassendranges wegen sind die Kassen den ganzen Tag geöffnet

Wirtschaftspolitische Spintifizierungen

In dieser Woche hatten die Sozialisten ihren Vortrag in Gießen ab. Den Hauptpunkt der Verhandlungen wird die Revision des Paritätengesetzes bilden. Welche Stellung zu der rechtsozialistischen Partei herrscht, dafür hat die Vorführung den kennzeichnenden, die Rudolf Wissell über die Wirtschaft in einer vom „Vorwärts“ bezogenen Sammelheft macht, und mit denen ich der nachfolgende Artikel beschäftigt.

Die gegenwärtigen sozialen Kämpfe, die Kämpfe des Unternehmertums, die nur das eine Ziel haben, jeden Einfluß der Arbeiterklasse — sei es ein unmittelbarer Einfluß auf die Wirtschaftsführung oder lediglich sozialpolitischer Einfluß, der sich auf die Lohnpolitik bezieht — vollends zu beseitigen, zeigt deutlich, daß das Unternehmertum die Praktiken der Scharmacherei keineswegs aufgegeben hat, daß mit der Steigerung des Machtbewußtseins der Unternehmer auch ihre Brutalität wieder wächst. Zwei Jahre lang ist das Proletariat in der Illusion erhalten worden, daß das Unternehmertum bereit sei, auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeiterorganisationen die wirtschaftlichen Kriegsfolgen in gemeinsamer Arbeit zum Wohle der Gesamtheit zu überwinden. Die Propheten dieser Idee erblickten in der Not der Wirtschaft und in ihrer Beseitigung das gemeinsame Interesse aller Schichten des Volkes, das die Basis bilden könnte für eine Politik der Harmonie der Klassen.

Heute zeigt das Unternehmertum täglich durch sein Verhalten — der Kampf im Zeitungsgewerbe ist nur ein drastisches Beispiel dafür, dem sich viele andere an die Seite stellen lassen —, daß es keinerlei Gemeinsamkeit mit dem Proletariat, sondern nur das eine Ziel kennt, jede Gelegenheit zu benutzen, um auf dem Rücken des Proletariats seine soziale und wirtschaftliche Machtstellung neu zu befestigen, seinen Profit weiter zu erhalten durch rückwärtsgerichtete Ausbeutung.

Die Wirtschaftskrise ist so eine Gelegenheit für die Unternehmer. Wäre es anders, gäbe es eine Gemeinsamkeit der Interessen, wäre das Unternehmertum geneigt, nach den Gesichtspunkten einer gemeinwirtschaftlichen, das Wohl des Volksganzen währenden Ordnung zu handeln, dann müßte die gegenwärtige Not der Volksgenossen ihnen eine Gelegenheit sein, diesen milden Sinn zu betätigen. Statt dessen geschieht, wie gesagt, das Gegenteil.

Wir sind davon nicht überrascht. Wir haben das nicht nur kommen sehen, sondern oft genug vorausgesagt. Die Politik der rechtsozialistischen Gewerkschaften und ihrer wirtschaftspolitischen Ratgeber, die jahrelang von der dünnen Idee der Arbeitsgemeinschaften und den oft erwähnten planwirtschaftlichen Bausteinen lebte, ist durch die Wirtschaftskrise und ihre Begleiterscheinungen ebenso abgeführt worden, wie einst ihre Kriegspolitik durch den Ausgang des Massenmordens. Der Zeitpunkt ist da, wo es den Arbeitern, die diesen Methoden Erfolgsgeschichte geleistet haben, wie Schuppen von den Augen fallen sollte.

Ob das geschehen wird, bleibt abzuwarten. Wir werden unermüdlich nachzuhelfen versuchen. Die führenden Vertreter dieses Gedankens aber zeigen sich jetzt noch nicht die mindeste Einsicht, sondern bereiten sich sogar darauf vor, auf diesem dürren Boden ihr Programm aufzubauen. So Rudolf Wissell, der in den Vorschlägen zum Programm der Sozialdemokratischen Partei, das in diesen Tagen in Cassel neu zurechtgemacht werden soll, allen Erstes die arbeitsgemeinschaftliche Regelung der Wirtschaft als die zunächst zu erstrebende, weil gegenwärtig allein erreichbare „Vorstufe zum Sozialismus“ hinstellt.

Wissell behauptet, die Novemberrevolution sei nicht der Abschluß der kapitalistischen Epoche überhaupt, sondern der Abschluß der „frühkapitalistischen Periode“ in Deutschland. Wozu schon zu bemerken wäre, daß die einer solchen Beweisführung anscheinend zugrundeliegende Vorstellung scharf er-

kennbarer abgeschlossener Perioden völlig verkehrt ist. Aber das mag hingehen. Wissell folgert weiter, durch diesen Abschluß der frühkapitalistischen Periode sei ein Zustand der sozialen Machtverteilung entstanden, den er als eine Art Gleichgewichtsverhältnis zwischen den entscheidenden Klassen der Gesellschaft darstellt. Für diesen Zustand sei das „Zusammenarbeiten zwischen Bourgeoisie und Proletariat“ nur ein Symbol.

Es sei eine „Zeit des Waffenstillstandes“ angebrochen, die das Proletariat benutzen müßte, um „so viele politische und soziale Sicherungen zu schaffen“, daß ein Rückfall in einen früheren roheren Zustand unmöglich werde. Die Arbeitsgemeinschaft aber, die nach Wissell den heutigen Machtpositionen der bürgerlichen und proletarischen Klassen entspricht, sei nicht nur eine provisorische Form, sondern eine Vorstufe der sozialistischen Wirtschaftsverfassung, denn auch diese werde „gleichsam eine Arbeitsgemeinschaft der Personen benötigen, die auf der einen Seite die Arbeitsfunktionen der heutigen Unternehmer, auf der anderen Seite die Arbeitsfunktionen der heutigen Arbeiter ausüben“. Womit Wissell zwei Dinge miteinander vermischt, die absolut nichts miteinander zu tun haben. Denn in den entscheidenden Industrien, in denen die Sozialisierung, wie wir sie verstehen, zunächst durchzuführen wäre, bestehen die Arbeitsfunktionen des Kapitalisten vornehmlich im Einstreichen des Profits. Jene Arbeitsfunktionen aber, die Wissell den Arbeitern zuschreibt, die allerdings auch im Sozialismus die leitende Rolle in der Industrie spielen werden, werden dort auch heute schon von Angestellten ausgeübt. Mit ihnen hat die Masse der Handarbeiter allerdings gemeinsame Interessen und zu ihnen muß sie das engste Verhältnis der Gemeinsamkeit herstellen, aber nicht zu den Kapitalisten.

Wissell setzt weiter auseinander, wie durch das Beschneiden der Krallen des Kapitalismus die deutsche Wirtschaft zum Vorteil aller in Ordnung gebracht werden kann. Er schreibt: „Da wir auf diesem, für das Proletariat selbstmörderischen Weg der kapitalistischen Marktwirtschaft der Bourgeoisie nicht folgen können, und den entgegengesetzten Weg der Nachkriegszeit und Volksozialisierung noch nicht gehen können, so bleibt uns gegenwärtig nur ein Mittelweg, der heißt: Planwirtschaft, d. h. nicht die fälschlich so bezeichnete Kriegswirtschaft, sondern die sich selbst verwaltende organisierte Wirtschaft.“

Das ist aus vielerlei Gründen eine Illusion. Zunächst deswegen, weil es, wie wir mehrfach dargelegt haben, unmöglich ist, dem Kapitalismus ein System der Planwirtschaft aufzupropfen, die die „mörderischen Folgen“ der Marktwirtschaft beseitigen könnte. Sie sind untrennbar vom kapitalistischen System überhaupt, dessen unumstößliche Gesetze sich allen planwirtschaftlichen Fesseln zum Trotz durchsetzen werden, solange der Kapitalismus an seiner Basis unberührt bleibt.

Aber die Arbeitsgemeinschaften sind gar nicht das Symbol des gegenwärtigen Zustandes, wenn man beachtet, daß bei der Beurteilung des Zustandes auch der Machtwille der Klassen als wesentlich entscheidender Faktor in Rechnung gesetzt werden muß. Das vergißt Wissell allerdings. Die Arbeitsgemeinschaften und die ihnen verwandten gemeinwirtschaftlichen Körperschaften, die von Staats wegen eingeführt worden sind, sind bestenfalls ein Symbol eines sehr vorübergehenden und schon vergangenen Zustandes, denn das Unternehmertum hat die Arbeitsgemeinschaften ja nur eingerichtet, um über den Zeitpunkt der größten Schwäche mit Hilfe eines Bundes mit den Arbeiterorganisationen hinwegzukommen. Heute ist jede Handlung des Unternehmertums eine Herausforderung an die Kontrahenten der Arbeitsgemeinschaften. Das allein muß zu ihrer Sprengung führen, wenn sich die beteiligten Gewerkschaften nicht noch weiter ducken wollen. Das aber würde wiederum nur zu einer weiteren Machtentzweiung des Proletariats führen.

Planwirtschaftliche Organisationen nach den Vorstellungen Wissells können nur auf dem System der Parität oder, wie es die größten Illusionäre auch zu nennen pflegen, der Fabrikdemokratie beruhen. Diese „Demokratie“ aber ist von der Art, daß die Massen der Arbeitenden das gleiche Recht haben, wie die verschwindende Zahl der Unternehmer. Und es ist eine Utopie, zu glauben, paritätische Körperschaften seien Machtpositionen des Proletariats und durch paritätische Arbeit sei ein Einfluß der Arbeiter und Angestellten gesichert. Davon konnte nicht einmal in den letzten zwei Jahren, also in der Zeit der relativ größten Schwäche und Nachgiebigkeit der Kapitalistenklasse, die Rede sein. Wo der Augenchein leidet, der hier nicht trügt, ist das Unternehmertum bestrebt, selbst diese milden Fesseln abzustreifen. Parität bedeutet immer das Übergewicht des Stärkeren, und der Stärkere bleibt der Unternehmer, solange die Machtposition des Unternehmers, der Besitz an den Produktionsmitteln unberührt bleibt. Wissell gibt denn auch zu, daß nach den Erfahrungen der Vergangenheit damit gerechnet werden müsse, daß das Unternehmertum „bei Wiederkehr einer gewissen Stufe der Akkumulation von Produktionsmitteln den Versuch machen wird, das Verhältnis der Parität wieder durch ein einseitiges Machtverhältnis zu erschüttern“. Wir behaupten, daß das einseitige Machtverhältnis durch die Parität gar nicht aufgehoben werden kann. Und glaubt etwa Wissell, daß die Arbeitsgemeinschaften imstande wären, das Unternehmertum von seinem Machstreben abzuhalten? Das vermag nur der Klassenkampf des Proletariats, um konkrete, wirklich sozialistische Ziele. Von ihm aber wird die Arbeiterklasse abgelenkt durch den Fimmel der Parität und durch unfruchtbare Reformversuche am untauglichsten Objekt.

Die Ueberwindung dieses Fimmels ist die Voraussetzung für eine energische sozialistische Politik. Wir müssen das Proletariat davon befreien. Darum unser Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften, darum unsere Forderung, daß die Gewerkschaften zurückkehren auf den Boden des Klassenkampfes. Wir könnten uns darüber lustig machen, daß Robert Schmidt in demselben Buch die Planwirtschaft als ein Gebilde organisatorischer Spintifizierungen bezeichnet und ablehnt. Aber ein solcher Vergleich zwischen den beiden wirtschaftspolitischen Kapazitäten der Rechtssozialisten lohnt deshalb nicht, weil Wissell immer noch die Logik auf seiner Seite hat. Er führt den Gedanken der Arbeitsgemeinschaften, wie er sich in den Köpfen seiner Vertreter darstellt, logisch zu Ende, und es wird damit das Verdienst, der Arbeiterschaft zu zeigen, wozu diese Logik führt: zur Preisgabe der Wirtschaftspolitik des Proletariats überhaupt. Robert Schmidt aber will die Arbeitsgemeinschaften erhalten, ohne ihren Konsequenzen zuzustimmen, womit diese Gebilde harmoniebedürftiger Spintifizierung vollends in nichts zerfallen. Wir vermerken auch sie und fordern die Arbeiterklasse auf, den ganzen faulen Zauber junichte zu machen, indem sie die Gewerkschaften zwingt, diese Wege zu verlassen. Sie sind beim heutigen Zustande der Arbeiterbewegung in Deutschland entscheidend für die Wirtschaftspolitik des Proletariats. Auf ihnen ruht mithin eine Verantwortung, der sich die meisten Gewerkschaftsführer gar nicht bewußt zu sein scheinen.

Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft in Danzig. Die Beratende Versammlung verabschiedete heute, nach dreitägiger Beratung, ein Gesetz betreffend die Elektrizitätswirtschaft in der künftigen Freien Stadt Danzig. Das Gesetz sieht die Ueberführung aller im Gebiete der Freien Stadt Danzig befindlichen privaten Kraftwerke in die Hand des Freistaates vor, um so in Anbetracht der großen Kohlennot die größte wirtschaftliche Ausnützung der Wasserkräfte zu erreichen. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Der Ausbruch in Barcelona. Dem Ausbruch der Transport- und Metallarbeiter haben sich auch die Arbeiter in den Probodereien angeschlossen, die die Arbeit am Freitag morgen niederlegten. Es schloß in der Stadt bereits an Brot.

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

3) Sie hogen ab und blieben dann vor Eisters Muffkuchenhandlung stehen, wo sie miteinander sprachen. Auch ich blieb stehen. Dann kamen sie zurück, gingen denselben Weg, den sie gekommen waren, kamen an mir vorüber und gingen direkt hinauf nach dem St. Olavs-Platz. Ich blieb ihnen während der ganzen Zeit so dicht auf den Fersen, wie ich nur konnte. Einmal drehten sie sich um und warfen mir einen halb ängstlichen, halb neugierigen Blick zu; ich entdeckte weder Jörn in ihren Mienen noch gerunzelte Brauen. Diese Gebude mit meiner Plakerei machte mich ganz beschämt und ich schlug die Augen nieder. Ich wollte sie nicht länger belästigen, sie aus reiner Dankbarkeit nur mit den Blicken verfolgen, sie nicht aus den Augen verlieren, bis sie irgendwo verschwunden würden.

Vor Nummer zwei, einem großen, vierstöckigen Hause, wandten sie sich noch einmal um und traten dann in die Tür. Ich lehnte mich an eine Glaslaterne neben der Fontäne und lauschte dann auf ihre Schritte auf der Treppe; in der zweiten Etage verhallten sie. Ich trete von der Laterne fort und sehe an dem Hause hinauf. Da geschieht etwas Sonderbares. Die Vorhänge bewegen sich hoch oben, gleich darauf wird ein Fenster geöffnet, ein Kopf wird herausgesteckt und zwei schärflidende Augen ruhen auf mir. Majaki! sagte ich halblaut und fühlte, wie ich rot wurde. Weshalb tief sie nicht um Hilfe? Weshalb stieß sie nicht einen Blumentopf herunter, mir auf den Kopf, oder schickte jemand herab, um mich fortzuführen? Wir sehen einander in die Augen, ohne uns zu rühren; das dauert eine Minute; Gedanken fliegen zwischen Straße und Fenster hin und her, aber kein Wort wird gesprochen. Sie wendet sich ab, ich zude zusammen, ein leiser Ruck geht durch meine Sinne; ich sehe eine Schulter, einen Rücken, der im Zimmer verschwindet. Dieses langsame Sichten fern vom Fenster, die Betonung, die in dieser Bewegung mit der Schulter lag, es war wie ein Herabnicken zu mir; mein Blut empfand diesen zarten Gruß, und im selben Augenblick wurde ich wunderbar froh. Dann ging ich die Straße hinab.

Ich wagte nicht, mich umzusehen, und mußte nicht, ob sie noch einmal ans Fenster getreten war; je mehr ich diese Frage erwog, desto unruhiger und nervöser wurde ich. Vermutlich stand sie in diesem Augenblick da oben und verfolgte genau alle meine Bewegungen, und es ward ganz unerträglich, sich auf diese Weise von hinten beobachtet zu wissen.

Ich nahm mich zusammen, so gut ich es vermochte, und ging weiter; meine Beine begannen zu zittern, mein Gang wurde schwankend, weil ich ihn absichtlich schön machen wollte. Um ruhig und gleichgültig zu erscheinen, schlenderte ich mit den Armen, spuckte aus und warf den Kopf zurück, aber es half alles nichts. Ich fühlte beständig die verfolgenden Augen im Nacken, und es überließ mich eiskalt. Endlich floh ich durch eine Seitengasse in die Pilestraße, um meinen Bleistift zu holen.

Es machte mir keine Schwierigkeit, ihn wieder zu bekommen. Der Mann brachte mir die Weste selbst und bat mich, alle Taschen zu unteruchen; ich fand auch ein paar Pfandzettel, die ich zu mir steckte, und danke dem freundlichen Manne für sein Entgegenkommen. Er gefiel mir mehr und mehr, und plötzlich lag mir viel daran, einen guten Eindruck auf ihn zu machen. Ich tat einen Schritt nach der Tür zu und wandte mich dann wieder gegen den Ladenhelfer, als ob ich etwas vergessen hätte; ich glaubte, ihm eine Erklärung zu sagen zu sein und begann leise zu trällern, um ihn aufmerksam zu machen. Dann nahm ich den Bleistift in die Hand und hielt ihn empor.

Es wäre mir ja nicht eingefallen, einen langen Weg wegen irgend eines beliebigen Bleistifts zu machen, sagte ich; aber mit diesem sei es was anderes, eine ganz eigene Sache. Wie unscheinbar er auch aussah — dieser Stumpf hatte mich einfach zu dem gemacht, was ich war, hatte mich sozusagen auf meinen Platz im Leben gestellt. . . .

Nehr sagte ich nicht. Der Mann trat dicht an den Ladenhelfer.

„So?“ sagte er und blickte mich neugierig an. Mit diesem Bleistift habe ich meine Abhandlung über die philosophische Erkenntnis in drei Bänden geschrieben, fuhr ich fastblütig fort. Ob er nicht davon reden gehört habe?

Der Mann glaubte, er habe den Namen gehört, den Titel. Ja, die sei von mir! Es dürfe ihn also eigentlich nicht wundern, daß ich den Bleistift wiederhaben wollte; er hatte einen zu großen Wert für mich, er war fast wie ein kleiner Mensch! Ich sei ihm übrigens aufrichtig dankbar für sein Wohlwollen und würde ihm das nicht vergessen — gewiß, gewiß, ich würde es ihm nicht vergessen; ein Mann, ein Wort; so sei ich nun einmal, und er verdiene es. Adieu.

Ich ging an die Tür mit einer Haltung, als ob ich dem Manne eine hohe Stellung bei der Feuerwehr verschaffen könne. Der freundliche Wandlleiber verbeugte sich zweimal, ehe ich zur Tür hinaus war, und ich drehte mich noch einmal um und sagte Adieu. Auf der Treppe begegnete mir eine Frau, die eine Koffe-

tasche in der Hand trug. Sie drückte sich ängstlich auf die Seite, um mir Platz zu machen, und ich griff unwillkürlich in die Tasche, um ihr etwas zu geben; da ich nichts fand, wurde ich verlegen und ging mit gesenktem Kopf an ihr vorüber. Kurz darauf hörte ich, daß auch sie an die Bude klopfte; es war ein Eisenbrautgitter davor und ich erkannte sofort den klirrenden Laut wieder, wenn jemand es mit den Fingern berührte.

Die Sonne stand im Süden, es war ungefähr zwölf Uhr. Die Stadt fing an, auf die Füße zu kommen, die Promenadenzeit rückte heran, und grüßende, lachende Menschen begannen in der Karl-Johann-Straße auf und ab zu wogen. Ich drückte die Ellbogen an mich, machte mich ganz klein und schlüpfte unbemerkt an einigen Bekannten vorüber, die an einer Ecke der Universität Posto gefaßt hatten, um die Passanten zu mustern. So ging ich in Gedanken versunken den Schloßberg hinauf.

All diese Menschen, denen ich begegnete, wie leicht und lustig wiegten sie die Köpfe und schlenderten durch das Leben wie durch einen Ballsaal! In keinem einzigen Auge Nummer, auf keiner Schulter eine Bürde; vielleicht nicht einmal ein trüber Gedanke, nicht einmal eine heimliche Qual in einer dieser frohlichen Seelen. Und ich ging dicht neben diesen Menschen, jung und kaum erschlossen, und ich hatte bereits vergessen, wie das Glück aussah! Ich koste mit diesem Gedanken und fand, daß mir ein grausames Unrecht geschehen sei. Weshalb waren die letzten Monate so furchtbar hart mit mir verfahren? Ich kannte meinen Sinn nicht wieder, und von allen Seiten kamen mir die wunderbarsten Plagen. Ich konnte mich nicht allein auf eine Bank setzen oder irgendwo hingehen, ohne daß ich von Kleinem, bedeutungslosen Zufälligkeiten, jämmerlichen Kleinigkeiten überfallen wurde, die sich in meine Vorstellungen drängten und meine Kräfte in alle Winde zerstreuten. Ein Hund, der an mir vorüberstreifte, eine gelbe Rose im Knopfloch eines Herrn konnten meine Gedanken überbriren machen und mich lange beschäftigen. Was fehlte mir denn? Hatte der Finger des Herrn auf mich geudeutet? Aber weshalb gerade auf mich? Weshalb nicht ebensogut auf einen Mann in Südamerika? Wenn ich mir's überlegte, wurde es mir immer unbegreiflicher, weshalb gerade ich zum Proletariat für die Lannen des Schicksals ausersehen worden. Es war doch ein ziemlich eigentümliches Verfahren, eine ganze Welt zu überfliegen, um gerade mich zu erreichen; der Antiquar Pascha und der Dampfschiffexpediteur Sennechen waren doch auch noch da.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Zur Aussperrung in der Viktoria

Wie uns der Betriebsrat der „Viktoria“ mitteilt, haben gestern mit der Direktion der „Viktoria“ Verhandlungen wegen Aufhebung der Aussperrung stattgefunden. Die Direktion verlangte die Zustimmung des Betriebsrates zu folgender Erklärung:

„Der Betriebsrat erklärt ausdrücklich, daß er seinerseits jede Form der passiven Resistenz, Teilnahme an Demonstrationen oder Arbeitsverweigerung in anderer Form verurteilt. Was in seinen Kräften steht, wird er tun, um passive Resistenz, Demonstrationen oder Arbeitsverweigerungen in anderer Form zu verhindern. Falls es der Betriebsvertretung nicht möglich sein sollte, entgegenstehende Handlungen rechtzeitig vorzubeugen, wird sie die Direktion bei der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen unterstützen.“

mit der Bedingung, daß auch die beteiligten Organisationen der Erklärung unterschreiben beitreten.

Die Vertreter der Direktion verlangten weiter, daß der Betriebsrat ausdrücklich anerkennt, daß eine Bezahlung der Aussperrungstage nicht zu erfolgen hat. Diesem Verlangen konnte der Betriebsrat selbstverständlich nicht zustimmen. Die Direktion gab darauf nachstehende Erklärung:

„Die Tage der Stilllegung des Betriebes werden nicht bezahlt. Einen Ausgleich dafür in anderer Weise bietet die Direktion nicht. Wer für die Zeit der Stilllegung des Betriebes einen Anspruch zu haben glaubt, hat dies auf dem Rechtswege auszusprechen.“

Demonstrationen aus Anlaß dieser ausdrücklich der Beamtenchaft mitgeteilten Erklärung der Direktion dürfen nicht stattfinden.“

Da sich der Betriebsrat der weitgehenden Bedeutung dieser Erklärung bewußt war, konnte er seine Zustimmung nicht ohne die Einwilligung der von ihm vertretenen Kollegen geben.

Zu diesem Zweck fand gestern in den Kammerräumen eine Versammlung der Angestellten statt, die die vorgelegten Erklärungen einstimmig ablehnten. Der Betriebsrat hat diesen Beschluß der Direktion mitgeteilt. Zur Zeit schweben Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen.

Die Technische Nothilfe und die Berliner Mühlenbesitzer

Der Verband der Bauern- und Mühlenarbeiter wird uns geschrieben: Seit Mittwoch, den 6. d. Mts. hat die Technische Nothilfe in einigen Berliner Mühlen ihren Einzug gehalten. Nach unserer Auffassung lag kein Grund vor, diese in Anspruch zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit müssen wir leider feststellen, daß es immer noch Angestellte gibt, die da glauben, wenn die Handarbeiter um ihre Existenz kämpfen, sie es nicht notwendig haben, Solidarität zu üben. Diejenigen, die es angeht, möchten wir von dieser Stelle aus auf das Unwürdige ihrer Handlungsweise aufmerksam machen. Biletsch genügt dieser Hinweis, daß sie nicht ihrem Tun Abstand nehmen und sich darauf zurückziehen, daß auch sie zu guter Letzt nur Arbeiter sind.

Zur Sache selbst hätten wir noch folgendes zu bemerken: In einem Schreiben an den Demobilisationskommissar kommen die Unternehmer zu der Auffassung, daß das Reichsarbeitsministerium zur Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches nur dann zulässig ist, wenn die Durchführung im Interesse der Allgemeinheit erforderlich wäre.

Wir möchten nun als Organisation die Frage aufwerfen, was bedeutet nach der Ansicht der Unternehmer: „im Interesse der Allgemeinheit“? Wenn man 500 Arbeiter mutwillig an der Herstellung zu einem so wichtigen Produkt, wie die Mühlen herstellen, fernhält? Die Mühlenbesitzer werden darauf erwidern, wir halten Euch ja garnicht von der Arbeit ab. Würdet Ihr mit weniger zufrieden sein als wie die Reichsgetreidestelle in ihren Rahläshnen einfallt? Hat und auch mit weniger wie der Schlichtungsausschuß entschieden, wären wir schon längst einig. Auf so was konnten sich die Mühlenarbeiter Groß-Berlins nicht einlassen. In einer ganzen Reihe von Städten Deutschlands wird schon mehr bezahlt als wie in Berlin durch Schiedspruch entschieden wurde und bei denselben Mahlwädhnen der Reichsgetreidestelle. Wenn die Mühlenarbeiter es nun ablehnen haben, jegliche Nothstandsarbeit auszuführen, so wurden sie durch das Vorgehen der Unternehmer unterdrückt.

Wir wollen der Allgemeinheit nicht vorenthalten, worin die Unterstützung, man kann auch ruhig von Sabotage sprechen, besteht. In ihrem weiteren Schreiben an den Demobilisationskommissar bringen sie zum Ausdruck, daß im Interesse der Allgemeinheit

eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches nicht erforderlich ist. Zur Begründung geben sie weiter an, daß die Verbesserung der Allgemeinheit oder auch nur der Berliner Bevölkerung durch die Nichtannahme des Schiedspruches durch die Arbeitgeber und den daraufhin ausgebrochenen Mühlenarbeiterstreik nicht gefährdet ist.

Wenn nun schon die Mühlenbesitzer selbst der Ansicht sind, daß die Allgemeinheit durch den Streik nicht gefährdet ist, so verstehen es die Mühlenarbeiter nicht, warum man dann die Technische Nothilfe in die Betriebe hineinschickt. Vielleicht aus dem Grunde, um dem Schaden zu entgegen, der den Unternehmern entstehen könnte, wenn die Mähe nicht entlastet und das Mahlgut nach auswärts dirigiert würde.

Um die Streikenden zur Arbeit zu zwingen, hat dieses als Säuremittel keine Wirkung verfehlt.

Nach Auffassung der Streikleitung kann unter den vorher geschilderten Umständen sich niemand verschließen, daß nicht aus der Not heraus die Technische Nothilfe in die Betriebe hineingezogen wurde. Alle, die sich in diesem Falle der Technischen Nothilfe zur Verfügung stellen, machen sich demnach eines glatten Streikbruchs schuldig.

Stuck- und Gipsbaubranche

Um unserem Vermittler die Arbeit zu erleichtern, findet die Abstempelung für die Arbeitslosen in der Zeit von 8-10 Uhr, und die Eintragung der sich neu meldenden Arbeitslosen in der Zeit von 10-11 Uhr statt.

Ferner wird darauf hingewiesen, damit bei der großen Arbeitslosigkeit ein jeder Kollege ein paar Tage in Arbeit kommt, jeder Arbeitslose nur eine Ausschiffsarbeit annehmen darf.

Die in Arbeit stehenden Kollegen möchten wir an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, daß ihren Arbeitgebern dahin zu wirken, daß wo die Möglichkeit besteht Arbeitskräfte einzustellen, dies mit allem Nachdruck zu verlangen. Die Hälfte unserer Kollegen ist schon lange ohne Arbeit, täglich nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, darum übt praktische Solidarität, die darin besteht, daß Ihr die Arbeitszeit auf ein Minimum beschränkt. Also helft den arbeitslosen Kollegen; feiner darf ohne Arbeitsnachweis in Arbeit treten.

Steine statt Brot!

Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten der Chirurgie-Mechanik vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin konnten am Donnerstag, den 7. Oktober, nicht durchgeführt werden. Durch einen Fehler des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin waren die vereinbarten Schiedsrichter der Arbeitgeber nicht geladen.

Die Unternehmer haben einen Tarifvertragsentwurf eingereicht, welcher folgende Gehaltsfürungen vorsieht: für Lehrlinge 25 bis 40 %, für alle kaufmännischen Angestellten 10-25 %.

Allen Fernstehenden wird es klar sein, daß ein derartiges Vorgehen einen gewerkschaftlichen Kampf auslösen muß. Die Unternehmer dieser Branche scheinen die Freiheit auf die Spitze treiben zu wollen. Die Erbitterung hauptsächlich bei den langjährigen Angestellten der Firmen dieser Branche ist ungeheuer. Die Unternehmer wissen, daß ihr ganzes Geschäft gerade von diesen langjährigen, qualifizierten Angestellten abhängt, dennoch scheuen sie keine Mittel, um die Angestellten ihrer Branche noch mehr der Verelendung preiszugeben.

Die von den Arbeitgebern aufgemachte Rechnung dürfte eine falsche sein. Bei ihnen wird es liegen, derartig unrationale Anträge schnellstens zurückzuziehen.

Die Arbeiterkraft, welche fast ausschließlich im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert ist, hat bereits ihre vollste Solidarität bei einem coll. Kampfe erklärt.

Skandalös

Jedem Einsichtigen dürfte klar sein, daß in gegenwärtiger Zeit in allen Berufen, also auch in dem der Krankenpflege, ein Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden ist. Um der großen Arbeitslosigkeit zu steuern, hat der Demobilisationskommissar diese schöne Verfügung erlassen. In einer von denen wird den Arbeitgebern im Bezirk Groß-Berlin zur Pflicht gemacht, alle diejenigen, die am 1. August 1914 nicht in Groß-Berlin Beschäftigung hatten, zu entlassen, damit sie in ihre Heimat bzw. an den Ort zurückkehren, wo sie bei Ausbruch des Krieges waren. Viele Arbeitgeber versuchen nun, die Bestimmung aus allerlei Gründen zu umgehen. Zu diesen Arbeitgebern gehört auch der Berliner Magistrat.

In den städtischen Krankenanstalten Berlins werden neben den sogenannten kranken Schwestern auch Hilsschwester beschäftigt. Diese unterscheiden sich von ersteren durch nichts als durch den Namen, sind oft lange Jahre im Beruf, haben fast ausnahmslos die staatliche Anerkennung, leisteten dem Vaterlande 4 und

5 Jahre Kriegsdienste und werden nun, zum Dank dafür, von den allmächtigen Oberinnen mit Zustimmung der Verwaltungen entlassen. In ihrer Statt werden sogenannte Lehrschwester eingestellt. Diese Lehrlinge, die für ein geringes Taschengeld tätig sind, werden in fast allen Fällen aus der Provinz nach Berlin geholt, trotzdem genügend Pflegerinnen und Beistandschwester beschäftigungslos in Berlin herumirren. Wenn schon der Magistrat dem Wunsche der Oberinnen auf Einstellung von Lehrschwester nachkommen zu müssen glaubt, so sollte er veranlassen, daß vor allem auf die Obengenannten zurückgegriffen wird. Jedoch möchte von vornherein ausgeschlossen sein, daß auch diese Kräfte mit einem Taschengeld abgepreßt werden. Im Rudolf-Virchow-Krankenhaus ist es dem Betriebsrat gelungen, die Spießigkeit der Frau Oberin, die an Stelle der „Hilsschwester“ gleichfalls Lehrlinge einstellen wollte, zu zunichte zu machen. Den Betriebsräten aller übrigen Krankenanstalten kann nur empfohlen werden, das Beispiel vom Rudolf-Virchow-Krankenhaus nachzuahmen. Den Demobilisationskommissar ersuchen wir, dem Berliner Magistrat zu bedenken, daß auch er den geltenden Bestimmungen Rechnung zu tragen hat und sie nicht durch irgendwelche fein ausgeklügelte Finessen der Oberinnen zu umgehen versucht.

Angestellte der Lederwirtschaft

In der Lederwirtschaft haben die Arbeitgeber das Verlangen der kaufmännischen Angestellten, eine Lohnerhöhung zu bewilligen, rundweg abgelehnt. Als ein gewisses Entgegenkommen wurde es von den Arbeitgebern bezeichnet, daß sie nicht offiziell einen Lohnabbau beantragten. Die tariflichen Gehälter der kaufmännischen Angestellten dieser Gruppe sind als miserabel zu bezeichnen. Die Angestellten haben den Arbeitgebern bis zum Sonntag, den 10. d. M., noch einmal Gelegenheit gegeben, sich endgültig zu entscheiden, ob sie auf ihrem Standpunkt, keine Lohnerhöhungen vorzunehmen, stehenbleiben wollen. Am Sonntag werden die Angestellten in öffentlichen Versammlungen in der Reuen Pflharmonie die Frage zu entscheiden haben, ob am Montag, den 11. Oktober, die Arbeit eingestellt werden soll.

Angestellte des Einzelhandels

Heute vormittag 11 Uhr versammelten sich sämtliche Angestellte des Berliner Einzelhandels im Lustgarten. Es gilt Stellung zu nehmen, ob der Schiedspruch angenommen oder ob es zum Kampf kommen soll. Alle Angestellten sind verpflichtet, zu erscheinen, vor allem die im Zentralverband der Angestellten, Deutschen Werkmeisterverband und Bund der technischen Angestellten und Beamten organisierten Kolleginnen und Kollegen.

11a, Ortsstelle Groß-Berlin.

Verband der Fabrikarbeiter

Betriebsräte! Dienstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im „Dresdener Casino“, Dresdener Straße 88, Versammlung aller im Fabrikarbeiterverband organisierten Betriebsräte. Berichterstattung vom Betriebsrätekonferenz. Mitgliedsbuch und Betriebsrats-Ausweis legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Einseher! Unter Bezugnahme auf die Sperrnotiz über die Siedlungsbauten Luisenhof, Schöneberg, Firma Bedez, ist noch darauf aufmerksam zu machen, daß dieselbe Firma in Birkenstein bei Hoppegarten auch Siedlungsbauten beginnen will. Auch diese Bauten sind gesperrt.

Arbeitnehmer im Zeitungsgewerbe! Montag, den 11. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet im „Alexandrin“, Alexandrinerstr. 37a, eine Sitzung aller Betriebsräte und Funktionäre des Zeitungsgewerbes statt. Es sollen also Vertreter der Angestellten und Arbeiter erscheinen. Berichtigungen der Gewerkschaften sind auch eingeladen. 11a, Ortsstelle Groß-Berlin. Die Zentralstreikleitung.

Werkmeister-Verband, Abteilung Paritätischer Stellen-Nachweis! Oranienburger Straße 54/57. Sämtliche stellenlose Werkmeister haben von Montag, den 11. Oktober ab zur Eintragung in die Listen zum Besuche von Kartoffeln und Ertraunterstützung auf dem Nachweis zu erscheinen.

Arbeitslose Buchdrucker! Dienstag, den 12. Oktober, 10 Uhr, Arbeitslosenversammlung, Borussia-Säle, Adlerstr. 6-7. Tagesordnung: Das Programm des politischen Arbeiterrats.

Deutscher Bauarbeiterverband, Verein Berlin, Sektion der Putzer. Wir wollen unsere Mitglieder darauf hin, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen das Arbeiten bei offenen — nicht verglaskten — Fenstern im Winter verboten ist. Als Beginn der Winterzeit ist der 1. Oktober festgelegt. Wir fordern unsere Kollegen auf, überall auf den Bauten den gesetzlichen Anordnungen gemäß zu handeln.

Die Sektionsleitung.



V. JSRADEL

Spandauerstr. 16 BERLIN-C Königstr. 11-14

Großer Wäsche-Verkauf

Bettwäsche Tisch- und Hauswäsche Herrenwäsche

- Taghemd im Rumpf gestickt wie obige Abbildung..... 39.-
- Taghemd viereckig, mit Stickerel-Ansatz 39.-
- Taghemd mit Stickerel-Ein- und -Ansatz 42.-
- Taghemd m. Stickerel-Ansatz u. Hohlraum 48.-
- Garnitur Taghemd und Beinkleid mit Stickerel garniert..... 175.-
- Garnitur Taghemd u. Beinkleid mit Valenciennes-Ein- u. Stickerel-Ansatz..... 250.-
- Nachthemd m. Stickerel-Ansatz u. Hohlraum herzförmig, Geishaform m. Stickerel-Einsatz..... 78.-
- Nachthemd mit Umlegekragen und Stickerel..... 89.-
- Nachthemd mit Umlegekragen und Stickerel..... 105.-
- Beinkleid Knieförmig mit Ansatz..... 39.-
- Beinkleid mit Stickerel-Ein- und -Ansatz 48.-
- Beinkleid weite Form mit Stickerel-Ein- und -Ansatz..... 55.-
- Morgenjacke gestickter Batist mit Spitze, garniert..... 110.-
- Prinzeßbrock gestickter Batist mit bestickter Brust..... 115.-
- Untertaille singherum aus Stickerelstoff 19.-
- Untertaille m. Stickerel-Ein- u. -Ansatz 22.50

- Deckbettbezüge Linon 130x200 cm..... 136.-
- Madapolam 130x200cm 175.-
- Madapolam 130x200cm 190.-
- Madapolam 130x200cm 298.-
- Kissenbezüge Hemdentuch 82x82 cm... 39.-
- Madapolam 84x84 cm 49.-
- Madapolam 84x84 cm 85.-
- Laken Hemdentuch 160x225 cm... 85.-
- Duvela 160x243 cm 105.-
- Hemdentuch 160x243 cm 120.-
- Knopflaken mit Langette 150x260 cm... 240.-
- Kissenbezug dazu passend 82x82 cm..... 115.-
- Knopflaken m. reich. Leinwand, 150x260 cm 320.-
- Kissenbezug dazu passend 82x82 cm..... 135.-
- Kissenbezug reich gestickt 80x80 cm..... 63.-
- Plumeauxbezug aus gesticktem Batist..... 72.-

- Stubenhandtücher Gerstenkorn und Drill 48x100 cm.....Stück 18.75
- Stubenhandtücher Reinleinen Hausmacher-Jacquard, Größe 50x110cm 24.50
- Küchenhandtücher Gerstenkorn m. roter Kante Größe 46x100 cm ..Stück 14.90
- Reinleinen, schwere Qualität, mit Einwebung, Größe 50x100 cm ..Stück 21.75

- Kaffeedecken Halbleinen, gold, lil, lachs oder male 127x160 cm.....Stück 89.50
- Wischtücher graues Dispergewebe m. roten Karos 8.45
- Messertücher grau mit rot eingestickt, Namen, 40x75cm 4.90
- Staubtücher graues Lamagewebe, Gr. 42x42 cm 2.45

- Weißes Oberhemd mit Falten-Einsatz und Klappmanschette..... 72.-
- Farbiges Oberhemd aus somusterem Perkal mit Klappmanschette..... 72.-
- Aus gestricktem Zephir mit Klappmanschette..... 106.-
- Taghemd aus Handentuch..... 53.-
- Nachthemd mit farb. Besatz..... 89.-
- Strickkrawatten in großer Auswahl...Stück 9.75

Einzelne Tischtücher

- Reinleinen, vollgebleicht 130x133 130x170 150x170 79.50 94.50 109.50

Strümpfe und Trikotwaren

- Damenstrümpfe Baumwolle, schwarz..... 8.90
- Herrnsocken Baumwolle, schwarz od. leder 6.90
- Herrnsocken Baumwolle, gemustert... 14.50
- Damen-Hemdlein gestickt, weiß, Baumwolle 29.50
- Herrn-Beinkleid wollgemischt, Mittelgröße 23.50
- Herrn-Garnitur Reinwolle, fbg., Jacke u. Beinkl. 95.-

Taschentücher

- Praktische Gebrauchsqualitäten
- Damentücher weiß Batist m. Buchstaben in Metallton, Größe 36x36 cm.....Stück 5.75
- Herrentücher weiß mit elegantem Buchstaben, 2cm hoch, Gr. 42x42 cm. St. 6.90
- Kindertücher weiß Licon mit farbiger Kante .St. 2.35

Die neu erschienene Herbst-Preisliste wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt!

Groß-Berlin

Zur Wohnungsnot Berlins

Die Wohnungsnot nimmt Formen an, die immer drückender sich gestalten, ohne daß ein Ende dieses Zustandes abzusehen wäre. Nach dem Kriege 1870/71 sah Berlin bereits eine außerordentliche Wohnungsnot, die damals zu schweren Barrikadenkämpfen im Osten Berlins führte und ihren Ausklang in einer Gerichtsverhandlung im Februar 1873 fand, in der 37 Angeklagte zu 145 1/2 Jahren Freiheitsentziehung, darunter 89 Jahren Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Ganz so überraschend dürfte also für die Behörden die Wohnungsnot nicht in die Erscheinung treten, wie es nach den bisherigen Erfahrungen anscheinend der Fall ist. Während des Krieges wurde alles Material, sogar jeder Nagel Kriegszwecken dienstbar gemacht. An Wohnungsbau wurde nicht gedacht. Nur Fabrikbauten für Munitionserzeugung wurden aufgeführt. Jetzt sucht man mit kleinen Mitteln der Not zu steuern. Ein großer Verwaltungsapparat ist geschaffen.

Das Wohnungsamt Berlin z. B., eingeteilt in Zentrale mit vielen Abteilungen, 10 Inspektionen und 10 Mieteinigungsämtern usw., beschäftigt zur Zeit circa 1000 Angestellte, zu denen noch ein großer Teil von ehrenamtlich-Tätigen kommt, wie stellvertretende Vorsitzende und Besitzer der Mieteinigungsämter usw., die auch vom Magistrat ernannt werden. Die hohen Kosten dieser Verwaltung stehen in keinem Vergleich zu den Leistungen des Wohnungsamtes, unter denen in erster Linie die Erlassung und Ausbarmachung von Wohnräumen verstanden werden muß. Und wie sieht es sonst aus! Hat man doch trotz ganz geringer Verlorenzahl bei großen Wohnungen nicht einmal die über 6 Zimmer hinausgehenden Räume beschlagnahmt. Im Wohnungsamt Berlin besteht anscheinend eine ängstliche Scheu vor jeder Beschlagnahme, erklärte doch der Direktor des Wohnungsamtes, Dr. de Laporte, in einem Artikel des „Berliner Tageblattes“ vom 18. September 1920: „bolshewistische Methoden“ bei Beschlagnahmen nicht verwenden zu wollen. Abgesehen davon, daß der Ausdruck „bolshewistische Methoden“ selbst unverständlich ist, so beweist er damit, wie jaghaft überhaupt an eine Beschlagnahme herangegangen wird.

Ueber das Berliner Wohnungsamt dürfte noch ein kräftiges und sehr klares Wort zu reden sein. Im Ausbau und in der Organisation hat die Leitung vollständig versagt. Auch die Einweisungen der Wohnungen erfolgen, abgesehen von den aufgedeckten Wohnungsschiebungen in den einzelnen Inspektionen, auch von seiten der Wohnungsleitung vielfach nicht nach der Dringlichkeit, sondern nach dem Grade der Bekanntheit der jeweiligen Wohnungsliebhaber. Hier ist eine schnelle Reorganisation an Haupt und Gliedern notwendig.

Die weltliche Schule in Neukölln

Mit Schulbeginn eröffnet Neukölln sechs weltliche Schulen. Die Stadt ist in drei Bezirke geteilt. Die Schulen befinden sich 31. Knaben- und 32. Mädchenschule Mühlstraße, 15. Knaben- und 16. Mädchenschule Pestalottstraße, 5. Knabenschule Anseledstraße und 6. Mädchenschule Mariendorfer Weg. Am Dienstag besucht jedes Kind noch seine alte Schule und wird von dort der neuen zugeführt. Einzelne Kinder haben leider durch die Drittelung längere Schulwege zurückzulegen. Im Interesse der Sache werden unsere Kinder diese kleinen Unbequemlichkeiten willig auf kurze Zeit ertragen. Dieser Nachteil wird vor allen Dingen für den Stadtteil vom Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße bis Herzberg-Platz zum 1. April dadurch beseitigt werden, daß am Richardplatz zwei neue weltliche Schulen sich bilden. Es sei besonders darauf hinge-

wiesen, daß auch jetzt noch Anmeldungen für die weltliche Schule angenommen werden. Auskunft erteilt jederzeit Lehrer Steinide, Neukölln, Elbestraße 32, eine Treppe. Auch in den Wintermonaten können die Uebertritte erfolgen. Man vergesse nur nicht den Zusatz „Ich trage Gewissensbedenken...“ Die neue Schule bietet mancherlei Vorteile. So werden für die Religionsstunden vorläufig 1 Stunde Deutsch, 1 Stunde Rechnen und 2 Stunden Turnen eingelegt. Der Elternrat zu werden wünscht, wende sich an obige Adresse. Die Elternräte dieser Schulen müssen wachsam sein, da sich auch Lehrer gemeldet haben, die nach ihren bisherigen Auftritten nicht geeignet sind, an unseren Schulen zu unterrichten. Genossen, eure Kinder sind von einem großen Druck befreit. Agitiert weiter für unsere Schule!

Arbeiter-Bildungsschule U.S.P.D.

Der Vortrag für Stadtverordnete, Bezirksverordnete usw. muß am Mittwoch wegen des Zahlendes ausfallen. Der nächste Vortrag findet am Dienstag, den 19. statt.

Arbeitsstätte Schönhauser Vorstadt.

Distrikte 10, 11, 12, und 13 am Montag, abends 6 Uhr, Zionskirchplatz 6 bei Kurzrod.

Sprechhor für die proletarischen Festerstunden.

Übungsstunde am Montag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße. Neue Teilnehmer, Männer, Frauen und Jugendliche sind willkommen.

Die Sprechstunde für Elternbeiträge muß vorläufig ausfallen. Bibliothek. Die ausgeliehenen Bücher sind sofort an unser Bureau, Breite Straße 8/9, Hof rechts 1 Treppe, zurückzugeben.

Bezug häßlicher Fleischwaren. Vom 18. Oktober 1920 ab kommen die Fleischkundenlisten in Fortfall. Städtisches Fleisch wird dann lediglich gegen Abschnitte der Lebensmittelliste nach vorher erfolgter Anmeldung abgegeben. Wer daher von genanntem Zeitpunkt ab häßliches Fleisch und häßliche Fleischwaren beziehen will, hat den Bezug bei einem zugelassenen Fleischverkäufer in der Zeit vom 11. bis 13. Oktober 1920 unter Vorlegung der Lebensmittelliste anzumelden. Die Anmeldung erfolgt erstmalig für die fünf Wochen vom 18. Oktober bis 21. November 1920 auf die Abschnitte 60, 61, 62, 64 und 65. Die Geschäfte der zugelassenen Fleischverkäufer sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Verteilung von Lebensmittel an Erwerbslose. Für die Zeit vom 20.-26. Oktober er. gelangen an die unterstützten verheirateten Erwerbslosen 1/2 Pfund Fett zum Preise von 4,30 M., an die unverheirateten Erwerbslosen 1/2 Pfund Fett zum Preise von 2,15 M. in den bekannten Konsum-Genossenschaften gegen Vorlage des von der Erwerbslosenfürsorge gestempelten Bezugscheines zur Abgabe. Die Mitglieder der Verbände erhalten ihre Bezugscheine nur bei den zuständigen Geschäftsstellen.

Abgabe von Spiritus. Widerspruch soll Spiritus zur Benutzung auf Marken ausgegeben werden. Anträge sind bei der zuständigen Brotkommission auf den dort erhältlichen Vordrucken bis zum 18. d. M. abzugeben.

Der Arbeiter-Radsport-Club „Solidarität“, bei dem neben dem Wandersport auch der Radsport eine gute Pflegestätte gefunden hat, tritt zum ersten Male mit einer größeren Veranstaltung an die Öffentlichkeit. Der Gau 9, umfassend die gesamte Provinz Brandenburg mit etwa 325 Vereinen, hat nach dem Kriege eine rührige Agitation entfaltet und heute bereits seinen Friedenszustand an Mitgliedern überschritten; er übertrifft mit seinen über 14 000 Mitgliedern alle Radsportorganisationen. Am 23. Oktober 1920 veranstaltet er in den prächtigen Räumen der „Philharmonie“ in Berlin, Bernburger Str. 22, ein großes Gau-Radsportfest mit Wertungsfahren, zu dem die besten Saalmann-

schaften des Gau'es gemeldet haben: Adlershof, Berlin, Brandenburg, Caputh, Finsterwalde, Lichterfelde, Ludenwalde, Mariendorf, Gr. Räschen, Schöneberg, Tegel werden der Sportsport ihre Leistungen vom einfachen Schrittlagen bis zum schwierigsten Kunstreiten vorführen. In mehreren geschickt ins Programm eingelegten Radballspielen messen die besten Spieler ihre Kräfte und die Kunstfahrer des Gau'es sorgen für weitere Abwechslung. Das Interesse der Mitglieder an dieser sportlichen Veranstaltung ist äußerst groß, wie die zahlreichen Anmeldungen aus der ganzen Provinz beweisen.

Gegen die Reaktion in Preußen wendete sich eine Protestversammlung, die in Buch tagte und von mehr als 400 Personen besucht war. Die Redner geißelten die Entziehung der Berliner Arbeiterkraft durch die Mehrheitsparteien in der preussischen Landesversammlung. Eine Entschliebung wurde angenommen, in der es heißt:

„Die am 4. Oktober 1920 im Lokale des Herrn Lange versammelten Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe, sowie die Bevölkerung von Buch verlangen, daß dem Geleze „Groß-Berlin“, wie es am 26. April 1920 angenommen wurde, volle Geltung verschafft wird. Die Versammelten erwarten von den sozialistischen Parteien im Gemeindepalast, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen werden, dem Sabotageakt der bürgerlichen Parteien entgegenzutreten, und gefoben, wenn die sozialistischen Parteien zum Kampf aufrufen, geschlossen dafür einzutreten.“

Sprachschule für Proletarier. Bei genügender Beteiligung wird noch ein Anfängerkursus in Englisch (Abendunterricht) für Genossen ohne Vorkenntnisse eingerichtet. Anmeldungen am kommenden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag abends 7-8 Uhr in der 24. Gemeindefschule, hinter der Garnisonkirche, nahe Bahnhof Börje und Neue Friedrichstraße, Zimmer 7, Hof, rechter Seitenflügel.

Volkshochschule Pflaumenberg. (Verwaltungsbezirk 17.) Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Teilnehmerkarten für die Volkshochschulferien möglichst bald (werktags 9-7 Uhr, Sonntags 9-1 Uhr) in Pflaumenberg, Rathausstraße 10, Barade 2, Zimmer 21, in Karlshorst beim Hausmeister des Kant-Realsgymnasiums, Treppenhalle, bestellt bzw. bezogen werden müssen. Falls sich für eine Vorlesungreihe oder einen Kursus weniger als 10 Teilnehmer melden, kann die betreffende Veranstaltung nicht stattfinden.

Ein wandernder Spielfuß wurde in der vergangenen Nacht ausgehoben. Eine größere Spielergesellschaft hatte sich in der Bornimer Str. 5 eingefunden. Als die Beamten überraschend erschienen, sah sie gerade beim Spiel. Das Spielgeld, 2000 M., und die Spielgeräte konnten beschlagnahmt werden.

Falsche 50 Markscheine verlor ein Offizier der Sicherheitspolizei wiederholt auf der Rennbahn Ruhleben am Totalkator umzugehen, wobei er verhaftet wurde.

Aus den Organisationen

1. Dikritt. Ermittelte Nachbarschaft am Dienstag, 7 Uhr, bei Kaufmann, Mittelstr. 118. Alle Anwesenden müssen anwesend sein. - 6. Abteilung. Zahl wegen Dienstag früh 9 Uhr bei Schirn, Charlottenstr. 8. Vortrag des Genossen Eich.
2. Dikritt. Montag, 7 Uhr, Bezirksführerschaft bei Wiener, Wilmstr. 22.
3. Dikritt. 2. Abteilung. Montag, abends 7 Uhr, Bezirksführerschaft bei Koch, Bergmannstr.
4. Dikritt. Heute 7 Uhr in der Schulaula, Mittenwalder Str. 1, Mühlentisch von Dr. Hefty Führer: Die Oper 1. Programm und Text am Eingang.
5. Dikritt. 4. Abteilung. Montag 7 Uhr bei Koch, Schulstr. 22. Bezirksführerschaft. - Mittwoch, den 13. Oktober, 7 Uhr, gemeinschaftlicher Jubiläum, Schulaula, Mittenwalder Str. 1.
6. Dikritt. 8. Abteilung. Montag abends 7 Uhr gemeinschaftlicher Jubiläum in der „Kuh-Gärten“, Rent Königin 28. Edu Wabers.
7. Dikritt. 6. Abteilung. Montag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, in der Friedrichstr. 17, Schulaula, gemeinschaftlicher Jubiläum.
8. Dikritt. Dienstag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Lokal von Becker, Heberstr. 17, eine Dikritt-Konferenz statt. Sämtliche, auch unangehörige

ES WIRD ZEIT

dass Sie ernstlich an die Besorgung Ihrer Winter-Garderobe denken. Man erwartet einen bitterkalten Winter, für den Sie gerüstet sein sollten.

Kariert Wintermäntel in den so beliebten hellen Farbtönen 250.-375.-490.-...	Uni Flauschmäntel schöne warme Winterstoffe, in allen modischen Farben 175.-250.-295.-...
Wollkleider durchweg gute Stoffe, ganz neuartige Formen, mit bunten Stickereien u. Faltengarnierungen 395.-475.-590.-...	Seidenkleider Elegante, reich garnierte, streng moderne Aufmachung in prächtigen Farben. Gute Qualitäten 375.-490.-575.-...

250.

C&A

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof

